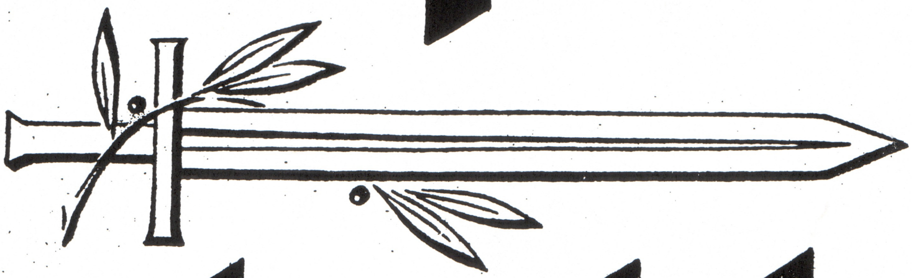
Suhler



Beobachter

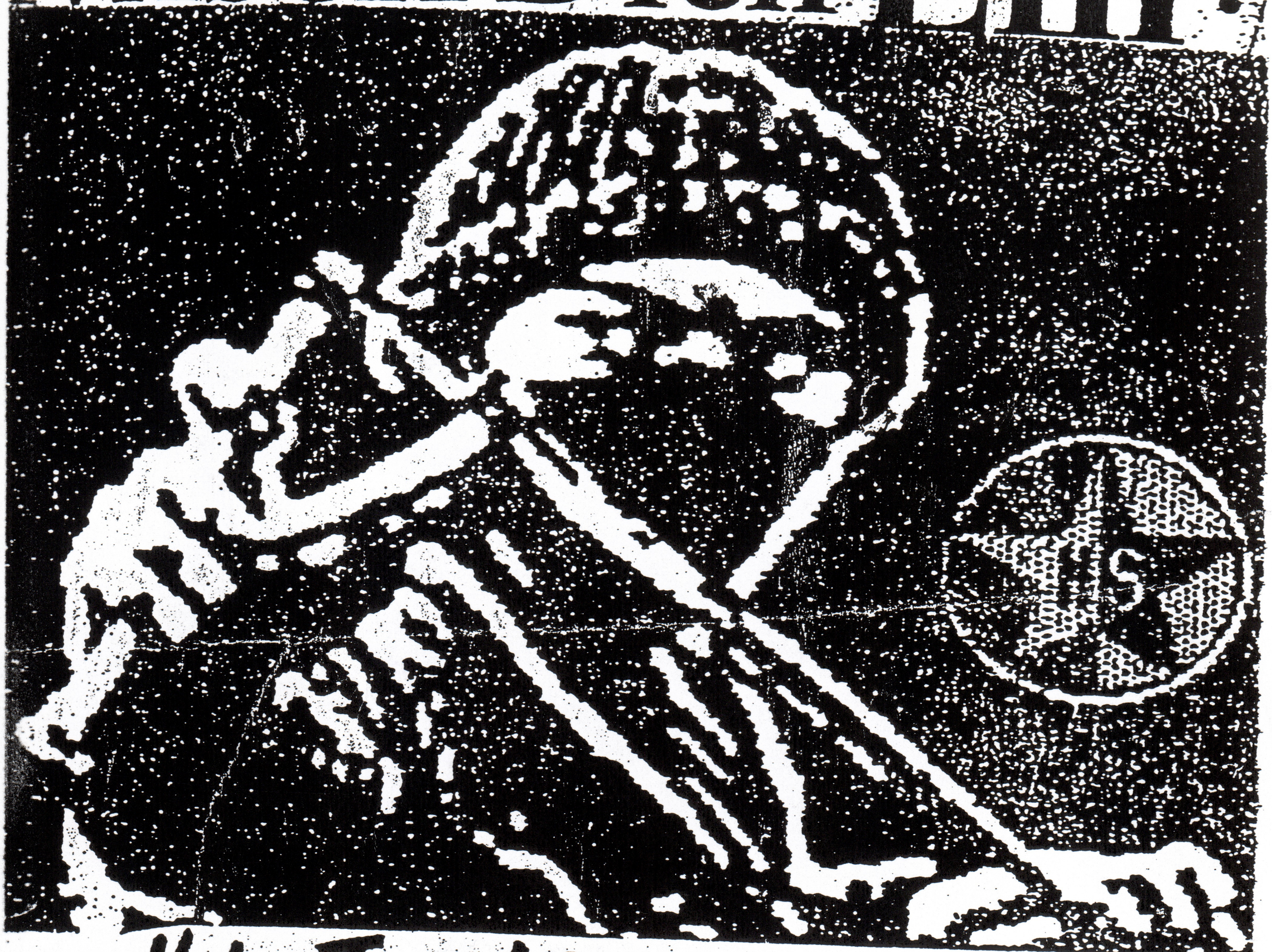
1. Ausgabe · 16.11.2002

KEIN FRIEDENSVERTRAG
SOLANGE ALLIIERTE LÜGEN
DAS DEUTSCHE VOLK
BELEIDIGEN!!!
DENN UNSERE WÄFFE
IST DAS RECHT!

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Misch Dich Ein!



Kein Faschistenaufmarsch in Leipzig und anderswo!

6. april leipzig
hauptbahnhof
12.00 h

Einge [illegible] gen
- 5. Apr. 2002
Verwaltungsgericht Leip

HALFSTRONG

Beweis-
mittel
No.: 111

Sichergestellt
durch:

KÜNSTLER FÜR POLITIKER
EINE INITIATIVE VON FRANK FEIERTAG
E.-Z.-A. 01 · D-04229 L.E.

Suhler Beobachter

1.Ausgabe·16.11.2002

Linke Gewalt:

Linke Gewalt beginnt nicht erst da, wo verwirrte junge Menschen uns entgegentreten und Eier oder Steine oder im schlimmsten Fall Molotow-Cocktails werfen. Die Gewalt beginnt schon früher. So hat man uns im vergangenen Sommer nach den Anschlägen von Düsseldorf – die ja nun nachweislich nicht von Angehörigen der nationalen Opposition begangen worden sind! – vorgeworfen, die "rechte Gewalt" beginne beim Wort. Tatsächlich aber beginnt die linke Gewalt da, wo beispielsweise der Kaschmir-Kanzler Schröder einen "Aufstand der Anständigen" ausruft. Kann denn ein Aufstand, der Aufruf zu einem Aufstand, etwas anderes sein als mindestens geistige Gewalt?! Und war nicht sogar der derzeitige Bundesaußenminister Fischer in seinen jungen Jahren Anführer einer berüchtigten Straßenkampf-Truppe?!

Ja, die linke Gewalt ist vielfach verknüpft mit den heutigen Herrschenden. Jene verblendeten jungen Menschen von der Antifa oder aus der Punk-Szene mit ihren Sprechchören und Eierwürfen oder gar Steinwürfen sind nur nützliche Idioten der Herrschenden, weil die Herrschenden ihre Aufgabe nicht erfüllen, weil sie dem Volk nicht mehr Lohn und Brot geben können, weil sie zulassen, daß die wirtschaftliche Lage des Vaterlandes immer schlimmer wird. Also müssen sie Konkurrenz fürchten. Und gegen diese Konkurrenz, gegen die nationale Opposition, mobilisieren sie linke Gewalttäter. Dieser Gewalt gilt es zu widerstehen. Denn der Kampf um das Recht auf freie Meinungsäußerung und für die Interessen des Volkes ist notwendig; wer diesen Kampf zu führen hat, darf sich nicht einschüchtern lassen, sich nicht unterdrücken lassen. Es gilt, dieser Gewalt von links zu widerstehen, den Gewalttätern auf der Straße ebenso wie denen, die sie dazu anstacheln. Denn wir kämpfen für die Freiheit, für den Wohlstand der arbeitenden Massen, und deshalb müssen wir auch gegen die Übergriffe der Antifa und gegen linke Gewalt kämpfen.

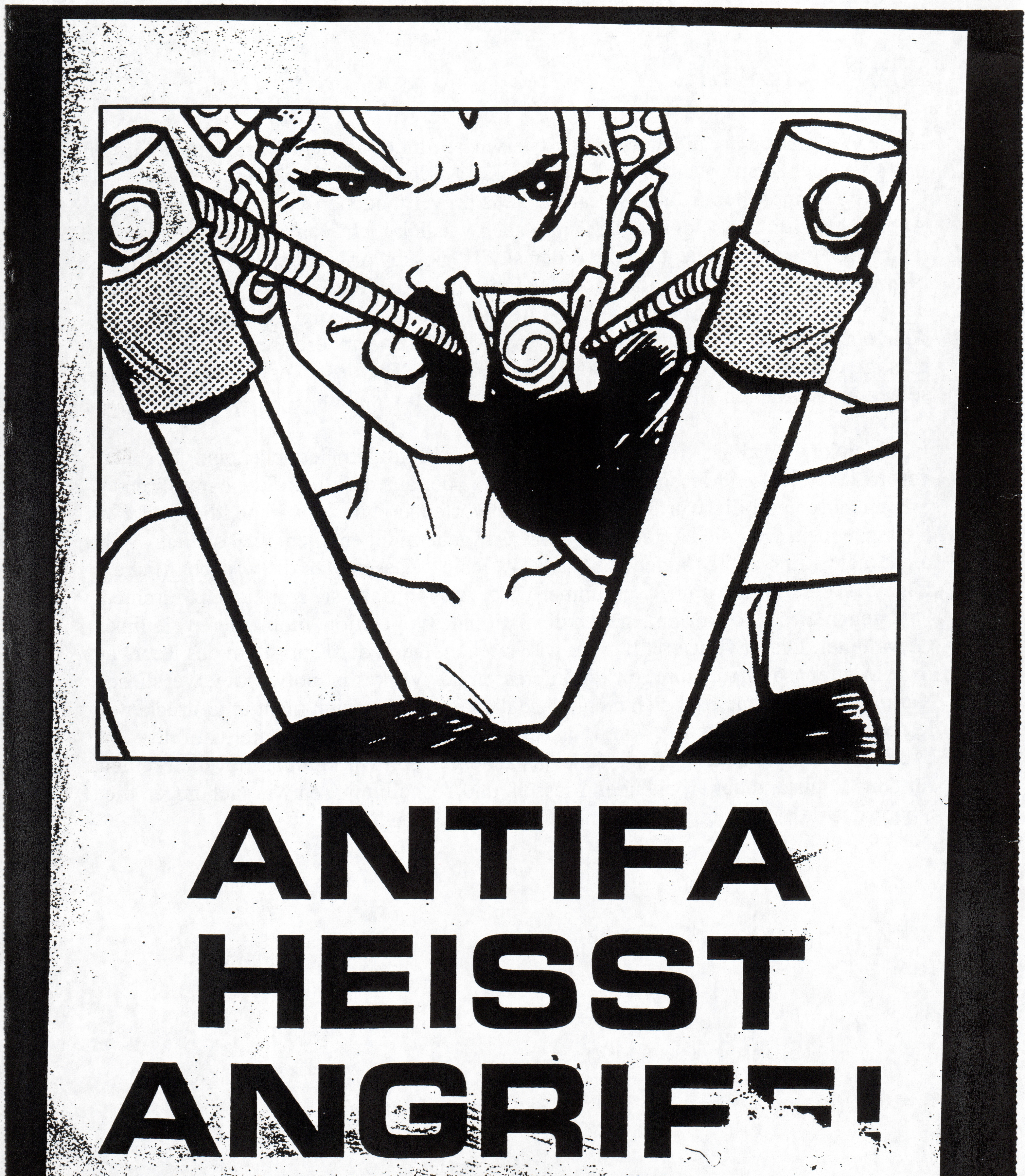
Mit besten Grüßen

Christian Worch

www.widerstandnord.com

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002


ANTIFA
HEISST
ANGRIFF!
autonome antifa le

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Die 1. Suhler Rede unserer Kameradin Jvonne:

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Als erstes möchte auch ich, Euch hier in Suhl begrüssen.

Jch freue mich, daß wir alle heute zum ersten Mal hier in unserem schönen Thüringer Wald stehen.

Doch ich muß sagen, es ist wirklich sehr schade, daß der Herbstwald hier nicht das einzige Bunte ist.

Sondern unser geliebtes, wunderschönes Thüringen von solch bunten Chaoten verschandelt wird.

Wir alle, die hier in Thüringen leben, kennen die tägliche Verfolgung durch die so genannte Antifa und ihrer Anhänger.

Jhre Gewalt nimmt immer größere Ausmaße an.

Nun will ich Euch mal ein Beispiel nennen:

Jm Jahre 2000 fand in Meiningen eine Antifa-Demo statt. Nach der Demo kamen die Chaoten am Bahnhof vorbei, an dem einer unserer nationalen Kameraden auf seinen Bus wartete. Ca. 8 der, zum Teil vermummten, Linken raunten auf ihn zu und schlugen ihn brutal zusammen.

Der Kamerad wurde erheblich verletzt und erstattete Anzeige.

Ein Jahr später wurden zwei Punks, die er zu 100% erkannte, angeklagt. Er selbst hatte auch einen Zeugen.

Aber die Richterin brachte bei der Verhandlung ihre eigene Meinung ein. Sie sagte, es kann ja gar nicht sein, dass die zwei Angeklagten es waren.

Denn zur „angeblichen" Tatzeit fand vor dem Meininger Amtsgericht eine Antifa-kundgebung statt.

Und sie kann sich ganz genau daran erinnern, daß sie die beiden Angeklagten zur Tatzeit von ihrem Bürofenster aus gesehen hat.

Natürlich wurden beide frei gesprochen.

Jch frage mich und ich frage Euch, wo kann es denn so etwas geben? Dabei handelt es sich doch eindeutig um eine Rechtswidrigkeit!

Deshalb wird auch hier, **wo Recht zu Unrecht wird, Widerstand zur Pflicht!**

Gerade solche Tatsachen sind es, die uns ganz einfach verpflichten, weiter für unser Recht und somit für unser geliebtes Land zu kämpfen.

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

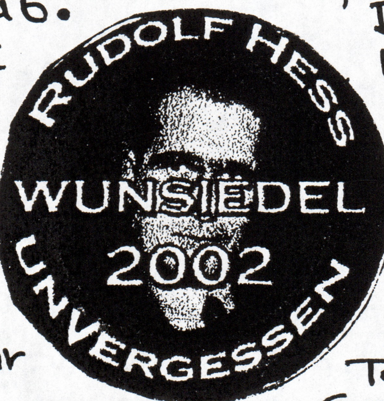
Denn nicht Links ist anständig und alle, die „nie wieder Deutschland" schreien, sollen doch einfach gehen. Denn wir sind anders. Wir alle sind Kinder des Deutschen Reiches, die Erben arischer Werte. Wir stehen zu unserer Herkunft, wir verstecken uns nicht. Nein, denn wir stehen zu unserem geliebten Deutschen Vaterland.

Warum wir hier stehen ist einfach. Es ist mit Sicherheit nicht, weil es uns so viel Spaß macht, oder weil wir nichts besseres zu tun haben. Nein, auch wir könnten uns bestimmt etwas Besseres, als immer wieder auf Demos zu fahren und bei Wind und Wetter auf die Straße zu gehen.

Nein, denn wir tun es aus Liebe. Aus Liebe zu unserem Land. Es ist eine Liebe, die verpflichtet, niemals aufzugeben und ständig zu kämpfen. **Doch** nicht nur für uns, sondern vor allem für die Zukunft. Damit unsere Kinder eines Tages als freie Deutsche in einem freien Deutschland leben können.

Damit sie sich nicht wie wir Tag für Tag ihre Freiheit neu erkämpfen müssen, und nicht wie wir Tag für Tag der furchtbaren Gewalt dieses Staates ausgesetzt sind.

Doch es ist auch unsere Pflicht, für die einzig wahren Helden zu kämpfen, die es in der Geschichte jemals gab.



Denn unsere Großväter dürfen nicht länger in den Dreck gezogen werden. Sie waren keine Verbrecher, nein, sie waren Helden! Es ist unsere verdammte Pflicht, **ihre Ehre** zu retten und ihre Schänder zu verurteilen. Durch Hetze, Lüge und Verfolgung zeigt uns dieser Staat Tag für Tag, wie wichtig wir **sind.** Und warum? Ganz einfach, weil sie Angst vor uns haben. Ja, sie haben Angst. Weil sie ganz genau wissen, daß sie uns niemals zerstören können. Sie haben Angst, weil sie in Wirklichkeit ganz genau wissen, daß wir Recht haben! **Doch dieser Staat kann es nicht zugeben, weil die lieben Herren aus der Völkermordzentrale etwas dagegen haben.**

Suhler Beobachter

1. Ausgabe·16.11.2002

Auch heute zeigt man uns mal wieder, wie wichtig wir doch sind. Man schickt hunderte Polizisten, die uns vor den Linken, oder die Linken vor uns beschützen wollen. Wie nun genau sei noch herauszufinden.

Doch ich sage Euch, Liebe Kameraden, wir brauchen keinen Schutz! Denn mit so einem lächerlichen Haufen Chaoten werden wir auch alleine fertig!

Und man muß mit Sicherheit auch keine Bürger vor uns beschützen. Denn aller Vorurteile zum Trotz: Wir fressen keine kleinen Kinder. Und aus diesem Grund meine Forderung auch hier und heute wieder: Samstags frei für die Polizei!

Auch heute können wir mal wieder die geballte Frechheit erleben, mit der dieser Staat und seine Diener uns entgegentreten.

So führt man uns hier durch Hinterhöfe und nennt diese plötzlich Junenstadt.

Doch sie schneiden sich damit ins eigene Fleisch.

Denn wer uns nicht mehr los werden will, der braucht uns nur zu ärgern.

Das haben wir ihnen in Leinzig gezeigt und das können sie auch hier haben, wenn sie das unbedingt wollen.

Jn Leinzig haben wir ganz deutlich gezeigt, daß wir uns nicht unterkriegen lassen. Wir haben zwar bis zum heutigen Tag noch immer nicht das Völkerschlacht erreicht, was die Stadt Leinzig für unser einziges Ziel hält, aber dafür etwas viel größeres. Wir haben gezeigt, daß wir bereit sind, wieder und wieder zu kommen, egal was sie uns auch für Barrikaden in den Weg stellen mögen. Und so ist es gekommen, daß wir in nur einem Jahr bereits 8 mal in Leinzig waren.

Jch bin stolz auf jeden einzelnen, der wackeren Kämnferinnen und Kämnfer, die immer wieder und wieder auf Leinzigs Straßen standen. Jhr seid der lebendige Beweis dafür, daß wir die Zukunft sind.

Denn wir sind die Jugend dieses Landes!!!

Wir sind das Volk!!!

Und ganz egal was immer sie uns auch antun mögen, wir können glücklich sein. Ja, wir können uns glücklich schätzen, zu wissen, daß nicht nur dieses schöne Thüringen, nein, auch das ganze Land, eines Tages mit all seiner Zukunft wieder restlos uns gehört.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch einmal erwähnen, wie geschockt die Antifa über meine beiden Reden in Leipzig war. So regten sie sich nach meiner 1. Leipzig-Rede im Weltnetz ganz furchtbar auf. Sie schrieben, wie es nur möglich ist, daß bei diesen „Fascho-Matcho-Schweinen" ein Mädchen redet. Wo doch Frauen bei den Nazis so schrecklich unterdrückt und ausgenutzt werden.

Nach dem zweiten Mal meinten sie dann, ich wäre emotional ergriffen. Da frage ich mich und ich frage auch Euch, wer bitte wäre nicht emotional ergriffen, wenn er so viel Elend auf einmal sieht, wie auf einer Antifa-Demo.

Diesen Schreiberlingen möchte ich nur sagen, daß ich mich sowie auch wir alle von so etwas nicht einschüchtern lasse(n).

Und daß es, wie die Antifa vermutete, keine einmalige Sache war, sehen wir ja heute wieder. Denn es bereitet mir wirklich viel Freude, diese Leute zu verärgern.

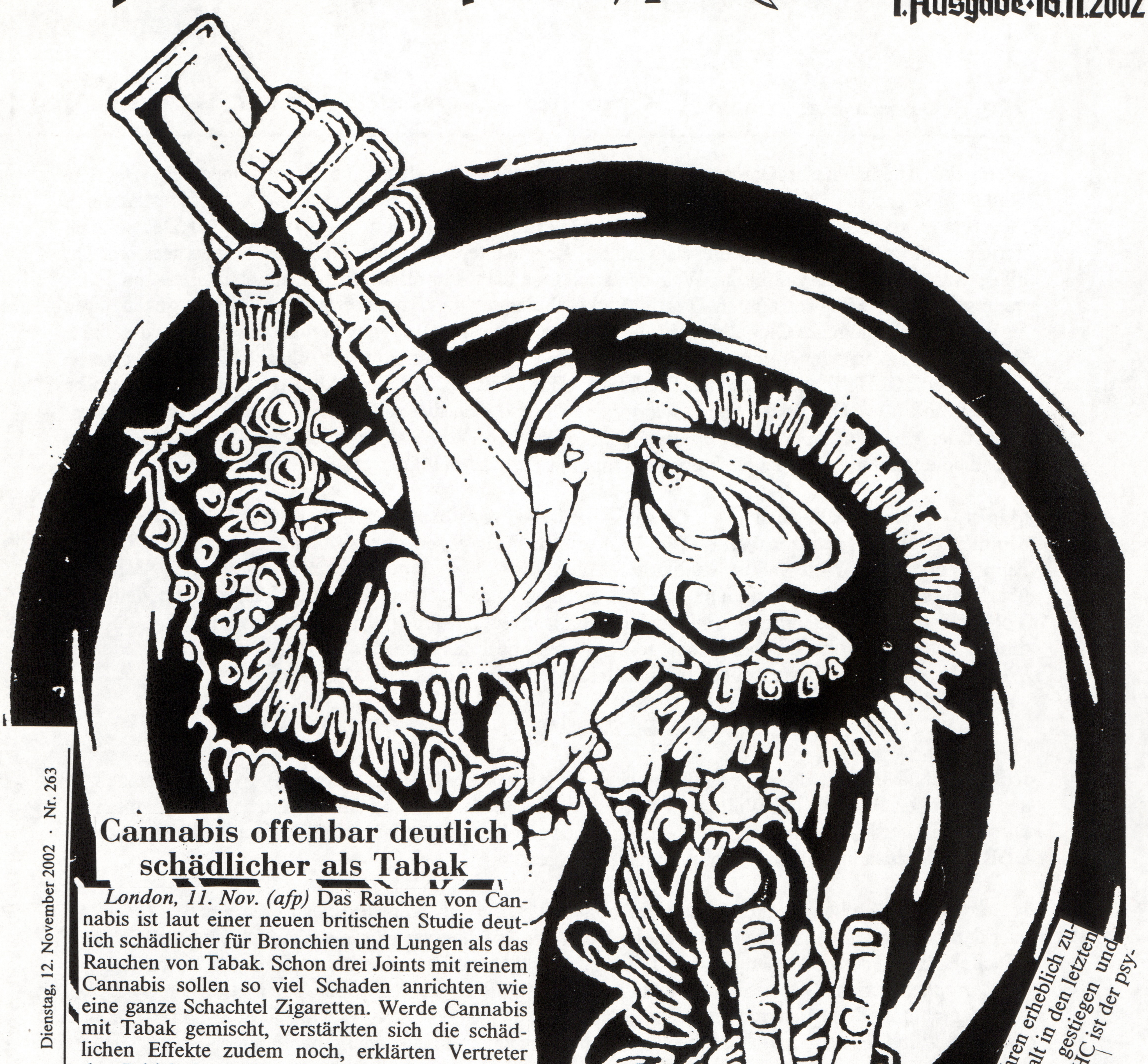
Ich muß nun noch einmal ganz deutlich sagen, daß wir mit Sicherheit auch nicht zum letzten Mal hier in Suhl waren. Denn wir geben niemals auf, wir kommen wieder. Um für Recht und gegen Unrecht zu kämpfen. Und dies ist erst der Anfang, denn einst wird wieder ein ganzes Volk auf die Straßen gehen. Kameraden, wir sind die Jugend, wir sind das Volk!!!

Ich danke Euch!

—Und wir danken Dir — Liebe Ivonne — für Deine emotional ergriffene Rede und warten schon ungeduldig auf Deine nächsten Reden!!!

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002



Neue Zürcher Zeitung INTERNATIONALE AUSGABE 48 Dienstag, 12. November 2002 · Nr. 263

Cannabis offenbar deutlich schädlicher als Tabak

London, 11. Nov. (afp) Das Rauchen von Cannabis ist laut einer neuen britischen Studie deutlich schädlicher für Bronchien und Lungen als das Rauchen von Tabak. Schon drei Joints mit reinem Cannabis sollen so viel Schaden anrichten wie eine ganze Schachtel Zigaretten. Werde Cannabis mit Tabak gemischt, verstärkten sich die schädlichen Effekte zudem noch, erklärten Vertreter der British Lung Foundation am Montag. Teer von Cannabis-Zigaretten enthalte bis doppelt so hohe Mengen an krebserregenden Stoffen – zum Beispiel Benzanthracene und Benzpyrene – wie konventionelle Zigaretten, heisst es in der Untersuchung, die von der Stiftung in Auftrag gegeben worden war.

Das Inhalationsvolumen bei Cannabis sei zudem bis zu viermal höher als bei Tabak, erklärte die Geschäftsführerin der Stiftung. Dadurch gelangten mehr Kohlenmonoxid und Teer in die Lungen. Laut der Studie habe ausserdem der durchschnittliche Gehalt an Tetrahydrocannabinol (THC) seit den sechziger Jahren erheblich zugenommen. So sei der THC-Gehalt in den letzten 40 Jahren um das etwa 15fache gestiegen und nehme voraussichtlich weiter zu. THC ist der psychoaktive Wirkstoff von Cannabis.

BEWEIS-MITTEL NO.: 208

SICHERGESTELLT DURCH:

KÜNSTLER FÜR POLITIKER
EINE INITIATIVE VON FRANK FEIERTAG
E.-Z.-A. 01 · D-04229 L.E.·

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Kameraden und Kameradinnen, Deutsches Volk!

Wenn das Thema dieser Demonstration auch die „linke Gewalt“ ist, so entstammen die Begriffe „links“ und „rechts“ doch der parlamentarischen Gesäßgeographie des vor-vorigen Jahrhunderts. Heutzutage können wir mit Fug und Recht als „links“ bezeichnen: alles, was gegen Deutschland gerichtet ist; alles, was gegen die elementaren Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtet ist; alles, was gegen eine vielfältige Welt der freien, selbstbestimmten Völker gerichtet ist – ein jedes unumschränkter Herr im eignen Haus! „Links“ bedeutet unter anderem: den Völkern gegen ihren Willen aufgezwungene Globalisierung – wie uns ungefragt und gegen unseren Willen die harte Währung DM weggenommen wurde und durch das inflationäre Betrugsgeld (T)Euro ersetzt. UNGEFRAGT UND GEGEN UNSEREN DEUTLICHEN WILLEN! Alle Macht geht vom Volke aus? Demokratie? Die Zeche aber zahlen wir, während sich die volksvergessenen BRD-Politmafiosi mit vollen Händen aus den von uns, dem deutschen Volk, erwirtschafteten Steuergeldern satt selbstbedienen und nebenbei auch noch korrupt mit Schwarzgeldkonten schachern.

„Links“ – und deshalb auch linke Gewalt – bedeutet vor allem und insbesondere verbrecherischen Multikultiwahn: **gegen den Willen der Völker der Welt, gegen den Willen des deutschen Volkes**. Kein Volk der Welt will Multikulti. Auch das von einer verantwortungslosen Massenüberfremdungspolitik geschundene und im eigenen Lande schon weitgehend entrechtete deutsche Volk will das ganz ausdrücklich nicht. Doch naht unaufhaltsam und unabwendbar der Tag, da sich dieses deutsche Volk erheben, sich seiner selbst besinnen und vom Joch eines von alliierten Weltverbrechern aufgezwungenen Vasallen-Regimes befreien wird mit dem Ruf:

DEUTSCHLAND UNS DEUTSCHEN – WIR SIND DAS VOLK!

Jede Knechtschaft hat einmal ein Ende! Und die Knechtschaft Deutschlands, das brutale Mißachten des wirklichen Willens und Wollens des deutschen Volkes quälen und dauern nun schon viel zu lange. Diese BRD wird – bald schon, bald – quasi über Nacht zusammenbrechen und untergehen, wie die DDR vor ihr zusammengebrochen und untergegangen ist.

Ja, gewiß: so mancher Profiteur, Deutschlandhasser und Volksverräter hier in diesem BRD-Regime mag darüber jetzt noch überheblich lächeln. Doch wie überheblich würde wohl auch ein Stasi-Scherge gelächelt haben, dem man – sagen wir 1988 – den doch schon so nahe bevorstehenden Untergang der DDR prophezeit hätte? Oh, er würde wohl sehr überheblich gelächelt haben. Jetzt lacht er nicht mehr. Und denjenigen BRD-Schergen, welche jetzt noch lachen, wird das Lachen in sehr naher Zukunft noch viel gründlicher und nachhaltiger vergehen als es jenem Stasi-Schergen vergangen ist.

DEUTSCHLAND UNS DEUTSCHEN – WIR SIND DAS VOLK!

Und auf welcher fragwürdigen Völkerrechtsgrundlage bewegt sich denn diese pseudodemokratische BRD mit ihrer immer mehr der Meinungsunterdrückung und -verfolgung geopferten Alibi-„Verfassung“… Mit Maulkorbparagraphen und politischen Schauprozessen werden jene verfolgt und mundtot gemacht, welche sich das kritische Hinterfragen ganz bestimmter zwangsglaubensverordneter „Offenkundigkeiten“ nicht wie im übelsten Stalinismus verbieten lassen. In der BRD gibt es unterdessen mehr wegen ihrer freien Meinungsäußerung verfolgter und eingesperrter Menschen als selbst zu schlimmsten Zeiten in der DDR! Das ist hieb- und stichfest belegt. Die BRD steht mit ihren politischen Prozessen wegen unliebsamer Meinungsäußerung weltweit an der Spitze aller Meinungsverfolgungsregimes! Auch hieran gibt es nichts zu deuteln. So sehen sie also aus, die „Demokratie“ und der „Rechtsstaat“, welche uns die „Befreier“ brachten.
Der Zentralrat der Juden und die Holocaustindustrie machen´s möglich.

Doch welche Glaubwürdigkeit haben denn zwangsglaubensverordnete „Offenkundigkeiten“, die nur durch Maulkorbparagraphen und brutalste Meinungsverfolgung Andersdenkender mehr schlecht als recht aufrechterhalten werden können? Eines ist gewiß: Solange der Schandfleck der Meinungsverfolgung nicht ausgemerzt ist, solange erwecken gerade die protzigsten Mahnmale und pausenlosen Betroffenheitsrituale tiefstes Mißtrauen, bohrenden Zweifel und nagenden Verdacht.

www.auslaenderstopp.com

Schriftliche Nacharbeitung der Rede von Gerd Ittner am 26. Oktober 2002 in Suhl

Suhler Beobachter

1.Ausgabe·16.11.2002

Und wer fühlte sich anhand der immer hysterischer werdenden Meinungsverfolgung und der immer brutaler werdenden Polit-Prozesse gegen Andersdenkende wegen deren Verstoß gegen zwangsglaubensverordnete Dogmen und (schein)heilige Tabus nicht an den Inquisitionsprozeß gegen Galileo Galilei erinnert?
Mir ist kein einziger Fall aus der Geschichte bekannt, daß jemals die Wahrheit des Schutzes durch Strafgesetze, Verbot und Meinungsverfolgung bedurft hätte. Wo immer solches bislang geschah – wie beim Galilei Prozeß – stellte es sich vor dem schließlichen Durchbruch der Wahrheit als häßliches Unrecht, als Lüge heraus. Deshalb wurde auch der Spruch geprägt: Nur die Lüge schreit nach irdischem Gericht – die Wahrheit aber kann von alleine aufrecht stehen.
Deutsche, haltet euch das stets vor Augen wenn im BRD-Regime wieder mal von „Demokratie", „Rechtsstaat" und „Menschenrechten" geheuchelt und gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Denkt daran, daß in dieser BRD aufrechte Menschen im Gefängnis sitzen, nur weil ihre freie Meinungsäußerung ganz bestimmten Leuten nicht in den erpresserischen Kragen paßt. Demokratie? Rechtsstaat? Unveräußerliche, garantierte Menschenrechte?

Mit der geradezu bolschewistischen Meinungsverfolgung im BRD-Regime offenbart sich einmal mehr jene Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Denn was könnte dem denkenden Menschen verdächtiger sein, als eine dem kritischen Hinterfragen per Gesetz entzogene „Offenkundigkeit", die per Lippenbekenntnis zu glauben, er per Strafandrohung gezwungenen wird? Die Gedanken sind frei – und gerade auch daran wird die im schreienden Unrecht der „Nürnberger Prozesse" gründende BRD zusammenbrechen!
(Weshalb zum Beispiel sollen die Rudolf-Heß-Akten jetzt noch immer für weitere 30Jahre unter Verschluß gehalten werden – wenn dieser und die gesamte damalige Reichsregierung doch angeblich übelste Verbrecher waren? Warum dokumentiert man dies dann nicht vor aller Welt mit der Offenlegung jener Akten? Wer hat denn hier etwas zu verbergen? Wer hat hier wirklich Dreck am Stecken? Kann es sein, daß es hier Lügen gibt, die ganz gewaltig zum Himmel stinken?)
DIE WAHRHEIT LÄSST SICH NICHT FÜR ALLE ZEITEN UM IHR RECHT BETRÜGEN – vor allem nicht mit Maulkorbparagraphen, Dogmen, Tabus und zwangsglaubensverordneten „Offenkundigkeiten"! Drum deutsches Volk, steh´ auf und jag´ sie davon, deine Unterdrücker und die Spießgesellen fremder, dir feindlich gesonnener Mächte. Denk daran, wie man dich mit der Euro-Einführung belogen und betrogen hat! Denk daran, wie man dich mit den „blühenden Landschaften" verhöhnt und ins Elend der Arbeitslosigkeit getrieben hat! Denk daran, wie man dein Vaterland gegen deinen Willen mit Massenüberfremdung zugrunderichtet, dich deiner Heimat, der Heimat deiner Ahnen und der Zukunft deiner Kinder beraubt und dich zum entrechteten Menschen zweiter Klasse im eigenen Lande macht. Deutscher, steh´ auf, geh auf die Straße für dein unveräußerliches Recht – steh´ auf wie 1989! Laß´ dir den Betrug jetzt nicht mehr länger bieten!

DEUTSCHLAND UNS DEUTSCHEN – WIR SIND DAS VOLK!

„Linke Gewalt" sieht desweiteren auch so aus: wenn eine rot-grüne Koalition einstmaliger Steinwurf-Pazifisten und selbstgerechter Friedensengel unmittelbar nach ihrem ersten Amtsantritt 1998 nichts Eiligeres zu tun hat, als sich an einem verbrecherischen Angriffskrieg zu beteiligen gegen ein Land und ein Volk, das uns nichts getan hat. VÖLKERRECHTSWIDRIG und GRUNDGESETZWIDRIG! Da lügt man uns vor, das geschah zum Schutze der albanischen Minderheit im Kosovo und zum Beenden angeblicher Massaker an dieser. Das lügen dieselben Gauner und Lumpen daher, die ansonsten nicht müde werden, den „verbrecherischen Überfall" der deutschen Wehrmacht auf das „friedliebende Polen" zu beklagen – wo es aber dort TATSÄCHLICH darum ging, bestialischsten Massakern und Massenabschlachtungen an schutz- und wehrlosen VOLKSDEUTSCHEN endlich Einhalt zu gebieten! Es war die bedingungslose PFLICHT der damaligen deutschen Reichsregierung, so zu handeln. Schröder, Fischer, Scharping und Konsorten aber sind nach gültiger Rechtslage als Kriegsverbrecher zu bezeichnen. Als solche sind sie auch durch ein jugoslawisches Gericht rechtskräftig verurteilt.

Doch es ist noch viel schlimmer: Das BRD-Regime verbündete sich militärisch mit jenen, mit denen wir noch immer keinen Friedensvertrag haben – DIE GEGEN UNS NOCH IMMER DIE FEINDSTAATENKLAUSEL AUFRECHTERHALTEN!

Schriftliche Nacharbeitung der Rede von Gerd Ittner am 26. Oktober 2002 in Suhl

www.auslaenderstorn.com

Suhler Beobachter

1.Ausgabe·16.11.2002

Und das bedeutet völkerrechtlich unumstößlich nichts anderes als folgendes: **De jure befindet sich die BRD im Kriegszustand mit Deutschland; de facto hat das BRD-Regime dem deutschen Volk den Krieg erklärt!**

Und aus dieser Tatsache erhellt auch die von den jeweiligen Vasallenregierungen der BRD mit stets noch gesteigertem Nachdruck betriebene Massenüberfremdungspolitik – eindeutig GEGEN DEN WILLEN DER WEIT ÜBERWIEGENDEN MEHRHEIT DES VOLKES. Ungeniert und rücksichtslos, wie man eben gegen einen Kriegsgegner vorgeht, mißachtet das BRD-Regime dabei selbst die Alibi-Verfassung „Grundgesetz“ und einen höchstrichterlichen Spruch des sogenannten Bundesverfassungsgerichtes, der feststellt: **Es besteht die unbedingte Wahrungspflicht zum Erhalt der Identität des deutschen Volkes!** Klarer kann man es kaum ausdrücken.

Doch wie sieht die Wirklichkeit in dieser BRD aus: Ganze Stadtviertel als „multikulturelle“, kriminalitätsdurchseuchte Ghettos fest in der Hand ausländischer Banden, dorthin kann sich – IM EIGENEN LAND – schon oftmals kein Deutscher mehr wagen. Schulklassen mit einem Ausländeranteil von 60-70-80% – da bleiben dann die deutschen Kinder auf der Strecke. Die PISA-Studie ist der erschreckende Beweis. Eine immer unerträglicher werdende Ausländerkriminalität, die aber von der gleichgeschalteten Systemjournaille mit allen Mitteln der Lüge vertuscht, verschwiegen und verharmlost wird. Auf einen von Deutschen ermordeten Ausländer kommen 1000 (Eintausend!) von Ausländern ermordete Deutsche – das interessiert aber niemand „unserer“ Politiker und Schweinejournalisten. Doch wehe einem Ausländer wird auch nur ein Haar gekrümmt… Um gegen Deutschland und das deutsche Volk hetzen zu können, werden „ausländerfeindliche“ Straftaten ungeniert frei erfunden und erlogen – denken wir an Sebnitz: *50 Neonazis ertränken Kind!* Die neue Familienministerin Renate Schmidt sagte ausdrücklich, daß es sie in keiner Weise interessiert, ob das deutsche Volk verschwindet oder nicht.
Ich nenne eine solche verantwortungslose Politik der Massenüberfremdung und des Verrats an deutschen Lebensinteressen Völkermord!

Das BRD-Regime ist ganz klar ersichtlich NICHT dem Wohl und dem Erhalt des deutschen Volkes verpflichtet. Das BRD-Regime mißachtet kraß die grundgesetzliche Vorgabe, daß die unbedingte Wahrungspflicht zum Erhalt der Identität des deutschen Volkes besteht. Das BRD-Regime setzt sich in elementarsten Fragen (Euro, EU-Osterweiterung, Einwanderung) rücksichtslos über den Willen des Volkes hinweg. Das BRD-Regime ist geprägt von der widerwärtigen Anmaßung und dem alttestamentarischen Haß des Zentralrats der Juden. Die BRD ist ein völkerrechtswidriger, dem deutschen Volke von alliierten Weltverbrechern aufgezwungener Vasallenstaat auf dem Territorium des Deutschen Reiches. Das Deutsche Reich besteht gemäß dem Völkerrecht noch immer fort, es ist zur Zeit nur handlungsunfähig. Daß diese Handlungsfähigkeit wiederhergestellt, und somit das deutsche Volk wieder souverän und frei und Herr im eigenen Haus sein wird, dafür kämpfen wir im Nationalen Widerstand.

Gerade die in diesen Tagen einer sich unaufhaltsam ahnbahnenden gewaltigen Wende in stets steigender Zahl erwachende deutsche Jugend besinnt sich auf ihr Volk und Vaterland und ruft den Politbanditen, den Verrätern und Vasallen fremder Mächte und Besatzer zu: **Es erhebt sich eine neue Zeit – wir wollen euch nicht mehr!**

1989 fiel die DDR – und jetzt stehen die Zeichen auf Sturm, es bröckelt bereits an allen Ecken und Enden, die Krise spitzt sich zu für das Nachkriegskonstrukt BRD. Bald fällt auch sie – niemand hält das auf. Alles, was jetzt von den Schergen des Systems noch hysterisch versucht wird: die immer brutalere Meinungsverfolgung, die immer inflationäreren politischen Schauprozesse, die haßerfüllte Unterdrückung der nationalen Opposition, die Drangsalierung der erwachenden deutschen Jugend – all das beschleunigt nur ihren eigenen Untergang.
Das Vaterland aber wird frei sein. Die Knechtschaft hat ein Ende.

HEIL DEM VOLK! – HEIL DEM REICH!
HEIL DEM HEILIGEN DEUTSCHLAND!

Gerd Ittner

www.auslaenderstopp.com

Suhler Beobachter

1. Ausgabe • 16.11.2002

IN SÄLEN ODER AUF PLÄTZEN, DIE WAHRHEIT WIRD DIE LÜGE **ZERFETZEN!**

Thüringer Heimatschutz
Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.

Am 16.10.2002 war es endlich soweit und auch in Suhl wurde die Vorherrschaft der ROTEN gebrochen.
Es war mir vergönnt zu sehen, wie schon in der Vorbereitung zu unserer Demonstration sich die Räder gegen uns drehten. Die Antifa, bezahlt und gefördert von Gewerkschaften und Linken Parteien, hat mit allen Mitteln versucht, den Bürgern von Suhl die Gefahr unserer Demonstration einzureden und hat dabei offen und unverblümt zu Gewaltakten gegen Friedliche Deutsche Demonstranten aufgerufen.
Die große Mobilmachung der Antifa sollte es werden. Jeder sollte sich den „vernünftigen" Chaoten anschliessen und den angeblichen „braunen Mob" auf der Strasse stoppen.
Offensichtlich waren wir, die Friedlichen Deutschen Demonstranten, den Suhler Bürgern aber wohl zu vernünftig, denn die groß angekündigte massenhafte Beteiligung bei den Linken Chaoten blieb aus.
Die angereisten Chaoten waren laut Polizei meist "betrunken und äußerlich mehr Graus als Schmaus. Es wurde von ihnen fleißig randaliert, geschubst, gepöbelt, Passanten geschlagen und getrunken – frei nach dem Leitspruch: DIE LINKEN, DIE TRINKEN!
Vom Protest gegen uns Friedliche Deutsche Demonstranten war nicht viel zu spüren.
- Außer, wenn übertriebener Alkoholismus und Bürger schlagen Protest ist.

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

IN SÄLEN UND AUF PLÄTZEN, DIE WAHRHEIT WIRD DIE LÜGE ZERFETZEN!

Den Volkszorn auf die Straße tragen
Mitmarsc
Aktionsbündn
Vater.

Während der Nationale Widerstand friedlich und volksnah seine Meinung auf die Straße brachte, hatte die Polizei beim Linken Pöbel aus Gewerkschaftern, Punks, Chaoten und verblendeten Betonkopf-Bolschewisten reichlich zutun.
In unseren Reihen fiel mir auf, daß die Polizei eigentlich wieder mal umsonst anwesend war und sich sichtlich langweilte – wenn sie nicht gerade unseren Rednern lauschte! Ausserdem möchte ich das korrekte und meist freundliche Verhalten der Polizei am 16.10.2002 in Suhl erwähnen und wünsche mir, daß sich bei der Arbeit der Polizei ein solches Demonstrations-Verstehen-Wollen bei allen Veranstaltungen der Nationalen Opposition deutlich erkennen läßt!
Es wird immer deutlicher, daß die Keiltreiber und Gegner unserer Nationalen Arbeit nicht die kleinen Straßenpolizisten und Straßenpolizistinnen sind, sondern die gewissenlosen Postenjäger, die deutschenfeindlichen Landräte und überbezahlten Systemknechte!!!
Die kuriose Demonstrationsstrecke durch abseitige Nebenstraßen und halbe Hinterhöfe verdanken wir denen, die fürchten, dass das Deutsche Volk die Wahrheit über dieses katastrophale Abriss- und Misswirtschaftssystem erfährt und wieder anfängt zu denken, um dieses verlogene System zu hinterfragen, bevor es zusammenbricht!!!

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Wo Recht zu Unrecht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!
Kameradschaft Northeim

IN SÄLEN UND AUF PLÄTZEN, DIE WAHRHEIT WIRD DIE LÜGE ZERFETZEN!

Die absurden Meinungs-Verbote und die entarteten Diskussionsverbote verdanken wir denen, die Angst davor haben, dass das Deutsche Volk den immer unverschämter werdenden Betrug am Deutschen Wähler, den dreisten Steuererhöhungsschwindel und die Katastrophale Abriss- und Misswirtschaftspolitik der Letzten Systemregierung vor dem Zusammenbruch doch durchschaut und zur Friedlichen Deutschen Revolution auf die Straßen gehen wird!!!

ALLES FÜR DEUTSCHLAND!!!

Michael Burkert, 0179/5457968 ODER scfrada@aol.com

Photographien: Frank Feiertag (4 vom 01.12.2001, 1 vom 03.11.2001)

STOPPT DIE
ANTIDEUTSCHE
HETZE !
-STÄNDIG UND ÜBERALL-
NATIONALER WIDERSTAND ZEITZ
STOPPT DIE
ANTIDEUTSCHE
HETZE !
-STÄNDIG UND ÜBERALL-
NATIONALER WIDERSTAND ZEITZ

Jugend für Deutschland
SNS
Kameradschaft Schlesien

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Aktenzeichen: 551 Js 26719/02

THÜRINGER LANDESZEITUNG

Vorzeitiges Ende eines wohlkalkulierten Auftritts: Wegen des Verdachts der Volksverhetzung unterbrach die Polizei die Gothaer Schlusskundgebung und setzte den bayrischen Schlussredner Gerd I. (44) fest. Foto: tlz/Bauer

Alternativ-Konzept ist aufgegangen

Aktionsbündnis wirkt – Polizei stoppt rechten Schlussredner

■ Von Oliver Bauer

Gotha. (tlz) Mit Stadtfesten von Vereinen, Verbänden und Parteien unter der Regie des Gothaer Aktionsbündnisses gegen rechte Gewalt sowie einem Großaufgebot an Polizei begegnete Gotha am 20. Juli einem Aufmarsch von etwa 150 Neonazis und 60 linken, zumeist jugendlichen Gegendemonstranten.

Der Gothaer Hartmut Sauer vom Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt schätzte die eigenen Aktionen als Erfolg ein: „Wir haben eine Alternative geboten, es gab keine Eskalation. Das haben wir erreicht.“ Nicht erreicht werden konnte ein breites Bürgerbündnis gegen die Marschierer – viele Gothaer blieben fern, statt am geschichtsträchtigen 20. Juli Farbe zu bekennen.

Vor allem rechtsextreme Gruppen und Personen aus Hessen und Bayern prägten nach Einschätzung der Polizei den Aufmarsch, der sich gegen Ausländer-Zuzug und Asylbewerberheime richtete. Das polizeiliche Einsatzkonzept sei voll aufgegangen, urteilte Raymond Walk, Leiter der Polizeidirektion Gotha. Die Teilnehmer beider Demonstrationen kamen sich nicht in die Quere, neben der klaren Trennung beider Marschrouten tat die massive Präsenz von mehr als 500 eingesetzten Polizeibeamten das Übrige. Abgesehen von zahlreichen Platzverweisen verlief die Gegendemo störungsfrei, während bei der Neonazi-Demo sieben Teilnehmer festgenommen wurden.

Wegen des Verdachts der Volksverhetzung unterbrach die Polizei die Schlusskundgebung und setzte den bayrischen Schlussredner Gerd I. (44) fest. Vier weitere Teilnehmer der rechten Demo müssen sich wegen Tragens und Zeigens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verantworten, bei einem wurde eine scharfe Gewehrpatrone gefunden. Der siebte Festgenommene führte offenbar gefälschte Ausweispapiere mit sich.

Suhler Beobachter
1. Ausgabe · 16.11.2002

Staatsanwaltschaft
Erfurt

Aktenzeichen: 551 Js 26719/02

(Bitte stets angeben)
Telefon-Nr.: 0361/3775-400
Telefax-Nr.: 0361/ 3775-401
Durchwahl-Nr.: 0361/3775306
Sachbearbeiter: Herr StA Scholz

Staatsanwaltschaft Erfurt
Postfach 102154, 99021 Erfurt

Erfurt, 14.08.2002/rm

Herrn
Gerhard Ittner
[redacted]

Ermittlungsverfahren gegen Sie
wegen Volksverhetzung

Sehr geehrter Herr Ittner,

das Ermittlungsverfahren gegen Sie habe ich mit Verfügung vom 13.08.2002 gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozeßordnung eingestellt.

Hochachtungsvoll

gez. Scholz
Staatsanwalt

Diese Mitteilung wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.

Vielleicht sollte man, im Hinblick auf den mit BRD-Justizgewohnheiten nicht vertrauten Normalbürger, noch anmerken, daß eine derartige schnelle Einstellung eines Ermittlungsverf. (vor allem gegen einen Rechten u. wg. Volksverh.) mehr als ungewöhnlich ist.

Beste Grüße

Hausanschrift: Rudolfstraße 46, 99092 Erfurt, Vermittlung 0361/ 3775-400, Telefax: 0361/ 3775-401
Sprechzeiten: Mo. bis Do. 8.30 - 12.00 Uhr u. 13.30 - 15.30 Uhr, Fr. 8.30 - 12.30 Uhr sowie nach Vereinbarung
Bankverbindung: Zahlstelle bei dem Amtsgericht Erfurt, Postbank NL Frankfurt/Main (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 585 250 606

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Rechtsanwalt Frank [redacted]

[redacted]
Gerichtsfach [redacted]

Staatsanwaltschaft Erfurt
Domplatz 37

99084 Erfurt

Nürnberg, 11.10.2002 M-St

In dem Ermittlungsverfahren gegen Herrn Gerhard Ittner, [redacted] [redacted] **wegen Vorwurfs der Volksverhetzung u.a. anlässlich einer Kundgebung des „Bürgerbündnisses Gotha" am 20.07.2002 in der Stadt Gotha**
Aktenzeichen: Unbekannt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Gerhard Ittner, [redacted] hat mich ausweislich beiliegender Strafprozessvollmacht mit seiner Vertretung beauftragt und gebeten

Strafanzeige

wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung, der Freiheitsberaubung und der einfachen Körperverletzung gegen

Unbekannt

zu erstatten.

Nachstehender Sachverhalt dient sowohl als Begründung der Strafanzeige als auch als schriftliche Stellungnahme für meinen Mandanten zum Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung u.a. am 20.07.2002 bei einer Kundgebung des „Bürgerbündnisses Gotha" in der Stadt Gotha.

1.
Am 20.07.2002 beteiligte sich Herr Ittner an einem Aufzug mit abschließender Kundgebung des Bürgerbündnisses Gotha in Gotha. Der behördlicherseits genehmigte Aufzug, der vom Parkcenter über den ehemaligen Schlachthof zur Parkallee führte und von ca.

Telefon: 0[redacted]
Telefax: 0[redacted]

[redacted]
Konto [redacted]
(BLZ [redacted]**)**

200 Teilnehmern besucht wurde, verlief ohne besondere Vorkommnisse in ruhiger Atmosphäre. Anlässlich der Abschlusskundgebung an der Parkallee ergriff mein Mandant Herr Ittner wie vorgesehen das Mikrophon und hielt aus dem Stegreif eine Rede, die nach nicht einmal 2 Minuten durch willkürliche Polizeigewalt beendet wurde, worauf unten noch näher eingegangen wird.

Herr Ittner hat anlässlich seiner Rede die Anwesenden mit den Worten „Heil euch Kameraden“ begrüßt, sprach von „mitteldeutschen Volksgenossen“, davon, dass diese belogen und betrogen wurden und dass sie anstatt blühender Landschaften Asylantenheime erhalten hätten und davon, dass auf deutschem Boden generell kein Asylantenheim stehen sollte.

Sicherlich gibt es Zeitgenossen, denen derartige Aussagen und Ausdrücke nicht behagen, jedoch ist es eindeutiges Faktum, dass keiner der vorgenannten Wortbeiträge und Redewendungen meines Mandanten irgendeinen Straftatbestand erfüllt, weder den Straftatbestand der Volksverhetzung, noch den der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen o.ä.

Vor diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich, dass mein Mandant mitten in der Rede – sicherlich aufgrund Befehls eines Einsatzleiters – von zunächst einem, dann 3 Bereitschaftspolizisten ohne vorherige Androhung unmittelbaren Zwangs und ohne Angabe von Gründen zu Boden gerissen wurde. Dies geschah unter extrem brutaler Krafteinwirkung, so dass sich Herr Ittner ausweislich des beiliegenden Attestes der Kliniken Dr. Erler Nürnberg vom 21.07.2002 dabei eine Halswirbelsäulen-Distorsion sowie eine Larynxquetschung zuzog. Herrn Ittner wurden am Boden kniend mit Hilfe von Kabelbindern die Hände auf den Rücken geschnallt und er musste wie ein Schwerverbrecher den Weg zum Einsatzwagen der Polizeibeamten antreten, wobei sein Kopf permanent beim Laufen nach unten gedrückt wurde. Herr Ittner, der keinerlei Widerstand gegen die Polizeibeamten leistete, erlitt durch diese Behandlung zudem Durchblutungs- und Atemstörungen.

Diese Behandlung stellt nichts anderes dar, als gemeinschaftlich begangene und gefährliche Körperverletzung sowie Nötigung gemäß §§ 224, 240 StGB.

Am Einsatzwagen angekommen wurde Herr Ittner in eine stählerne Minizelle gesperrt, deren Beleuchtung und Belüftung erst nach längerer Zeit und wiederholt geäußerten Reklamationen angeschaltet wurde. Wegen dieser letztgenannten Behandlung litt Herr Ittner wiederum an Atemstörungen, so dass nicht nur der Tatbestand der Freiheitsberaubung gemäß § 239 StGB, sondern auch der Tatbestand der einfachen Körperverletzung gemäß § 223 StGB verwirklicht worden sein dürfte.

Während zunächst nach der Festnahme von der Verwirklichung des Tatbestandes des § 86 a StGB die Rede war, hieß es sodann bei der Vernehmung, dass der Tatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB verwirklicht worden wäre.

Ich stelle daher namens und im Auftrage meines Mandanten

Strafantrag

gegen alle uns namentlich unbekannten Personen, die dieses zutiefst rechtswidrige und willkürliche staatliche Handeln zu verantworten haben, sei es als Befehlserteiler oder Befehlsempfänger.

Damit den Sachbearbeitern bei Staatsanwaltschaft und Kripo deutlich gemacht wird, dass vorstehende Sachverhaltsschilderung nicht etwa einer blühenden Phantasie entspringt, sondern die bittere Realität des Umgangs mit politischen Minderheiten in dieser Republik wiedergibt, wurde dieser Strafanzeige ein Videoband beigelegt, das die vollständige Rede meines Mandanten sowie den Beginn des geschilderten Polizeieinsatzes wiedergibt.

Folgende Personen stehen als Zeugen zur Verfügung:

- Herr Manfred R[redacted], [redacted]
- Herr Kurt H[redacted], [redacted]
- Herr Christian R[redacted], [redacted]
- Herr Fabian R[redacted], [redacted], [redacted]

Ich bitte um

Gewährung der Akteneinsicht

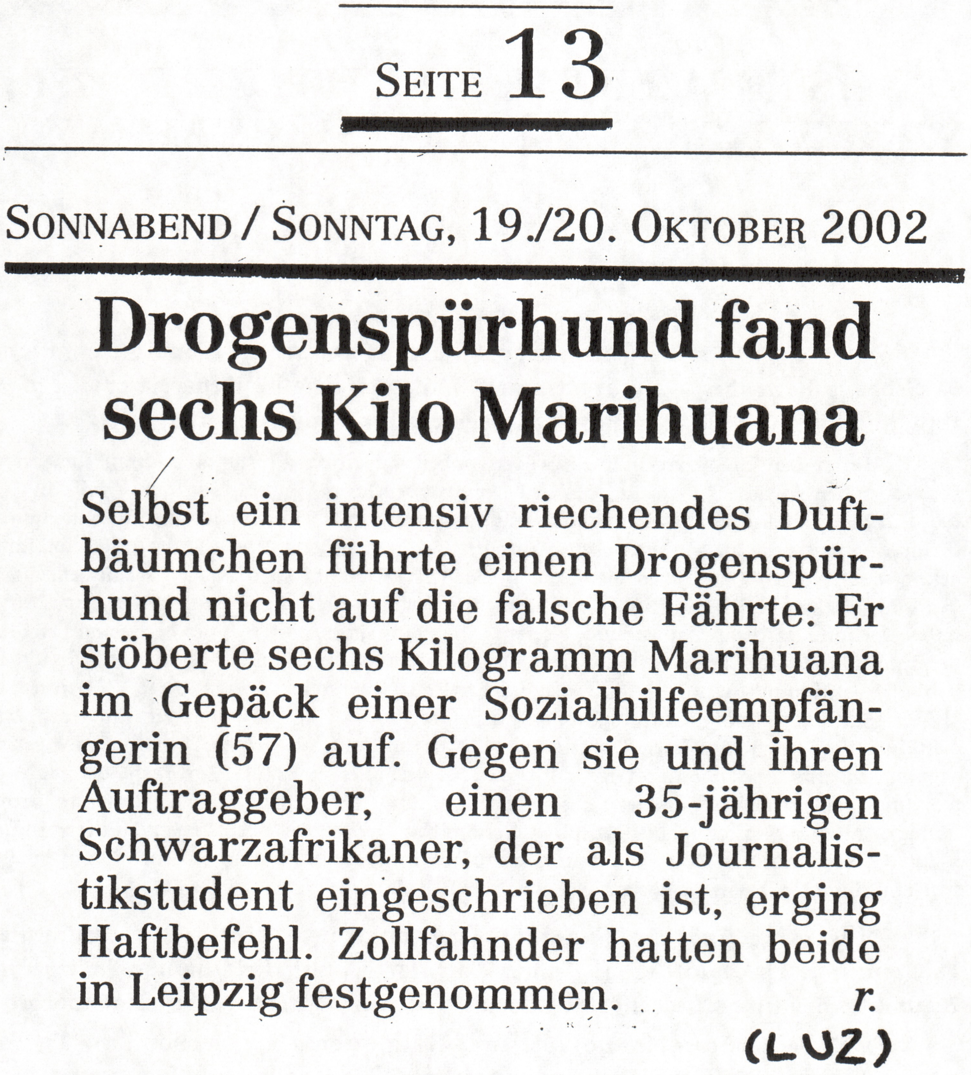
Zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens nach Abschluß der Ermittlungen durch Übersendung der Ermittlungsakte an die obige Kanzleiadresse und beantrage zugleich, dass gegen meinen Mandanten offensichtlich eingeleitete Ermittlungsverfahren unverzüglich gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Suhler Beobachter

1.Ausgabe·16.11.2002



Seite 13

Sonnabend / Sonntag, 19./20. Oktober 2002

Drogenspürhund fand sechs Kilo Marihuana

Selbst ein intensiv riechendes Duftbäumchen führte einen Drogenspürhund nicht auf die falsche Fährte: Er stöberte sechs Kilogramm Marihuana im Gepäck einer Sozialhilfeempfängerin (57) auf. Gegen sie und ihren Auftraggeber, einen 35-jährigen Schwarzafrikaner, der als Journalistikstudent eingeschrieben ist, erging Haftbefehl. Zollfahnder hatten beide in Leipzig festgenommen. r.

(LUZ)

Suhler Beobachter
1. Ausgabe · 16.11.2002

Deutſche Einheit Deutſche Freiheit

ÖSTERREICHS RECHT UND DIE WEIMARER NATIONALVERSAMMLUNG

Von

Paul Löbe*1

Schon in ſeiner Eröffnungsrede in der Weimarer Nationalverſammlung am 6. Februar hatte der Volksbeauftragte, ſpätere Reichspräſident Ebert,*2 den Willen zum Zuſammenſchluß unzweideutig ausgeſprochen, indem er ausführte:

> „Unſere deutſch-öſterreichiſchen Brüder haben auf ihrer Nationalverſammlung bereits am 12. November vorigen Jahres ſich als Teil der großdeutſchen Republik erklärt. (Beifall.) Jetzt hat die deutſch-öſterreichiſche Nationalverſammlung erneut unter ſtürmiſcher Begeiſterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgeſprochen, daß es unſerer und ihrer Nationalverſammlung gelingen wird, das Band, das die Gewalt 1866 zerriſſen hat, wieder neu zu knüpfen. (Erneuter Beifall.) Deutſch-Öſterreich müſſe mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. (Lebhafter Beifall.) Meine Damen und Herren! Ich bin ſicher, im Sinne der geſamten Nationalverſammlung zu ſprechen, wenn ich dieſe hiſtoriſche Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße (lebhafte Zuſtimmung) und ſie mit gleicher herzlicher Brüderlichkeit erwidere. (Erneuter Beifall.) Unſere Stammes- und Schickſalsgenoſſen dürfen verſichert ſein, daß wir ſie im neuen Reich der deutſchen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. (Lebhaftes Bravo.) Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen. (Wiederholter Beifall.) Ich darf auch wohl die Erwartung ausſprechen, daß die Nationalverſammlung die künftige Reichsregierung ermächtigt, baldigſt mit der Regierung des deutſch-öſterreichiſchen Freiſtaates über den endgültigen Zuſammenſchluß zu verhandeln. Dann ſoll kein Grenzpfahl mehr zwiſchen uns ſtehen. Dann wollen wir ſein ein einig Volk von Brüdern.“ (Lebhafter Beifall.)

Dieſe Sätze ſind am folgenden Tage auch von dem erſten Präſidenten des Parlaments, Dr. David, in ſeiner Antrittsrede unterſtrichen und in einer großen Anzahl Begrüßungstelegrammen aus allen Teilen Öſterreichs beſtätigt worden.

Das Geſetz über die vorläufige Reichsgewalt, die von den Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann vorgelegte Notverfaſſung ſchlug bereits die erſten Maßnahmen zur Beteiligung Öſterreichs an der deutſchen Geſetzgebung vor und ſagte in ihrem

> § 2: „Wenn Deutſch-Öſterreich ſich dem Deutſchen Reich anſchließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenausſchuß mit einer dem Abſatz 2 entſprechenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.“

Die Beratung dieſer Notverfaſſung gab den einzelnen Parteien Gelegenheit, zur Frage des Anſchluſſes Stellung zu nehmen und alle, ohne Unterſchied, Regierungsparteien und Oppoſitionen, ſtellten ſich auf den gleichen Standpunkt. Für das Zentrum tat es mit warmen Worten der inzwiſchen verſtorbene Abgeordnete Gröber, der ſich als Schwabe, als „Vorder-Öſterreicher“ bekannte, und den Landsleuten von der anderen Seite der Donau ein herzliches Glückauf zum Willkommen entgegenrief.

*1 Paul Löbe: sozialdemokratischer Reichstagspräsident
*2 Friedrich Ebert: sozialdemokratischer Reichspräsident

Suhler Beobachter
1. Ausgabe · 16.11.2002

Mit den Worten: „Wir grüßen die öſterreichiſchen Brüder, kommt, wir warten“ ſchloß der Abgeordnete Dr. Naumann für die Demokraten ſeine darauf bezüglichen Ausführungen, und auch der Abgeordnete Keil verſicherte für die Sozialdemokratie: „Wir werden die Stammesbrüder aus der alten zerfallenen Donaumonarchie, wenn ſie zu uns kommen, willkommen heißen im Namen der deutſchen Einheit.“

Aber auch die oppoſitionellen Gruppen ſtellten ſich auf den gleichen Standpunkt, und der Abgeordnete Haaſe von der Unabhängigen Sozialdemokratiſchen Partei, zu der damals noch die heutigen Kommuniſten gehörten, erklärte: „Zu Öſterreich ſtehen wir alle gleich. Meine Partei hat ſtets geſagt, daß die Völker nach ihrem eigenen Willen ihr Geſchick beſtimmen ſollen, und, da die Öſterreicher zu Deutſchland wollen, wäre es einfach eine Verleugnung unſeres Grundſatzes, wenn wir die Öſterreicher abſtoßen.“

Im gleichen Sinne äußerte ſich Dr. Rießer für die Deutſche Volkspartei, und gemeinſam mit den Vertretern der Deutſchnationalen wurde von ſämtlichen Fraktionen der folgende Antrag Löbe, Gröber, Haaſe, v. Payer, Dr. Graf von Poſadowsky-Wehner, Dr. Streſemann eingebracht:

> „Die Nationalverſammlung nimmt mit lebhafter Genugtuung von den Beſchlüſſen Kenntnis, mit denen die Vertreter der Stämme Deutſch=Öſterreichs ihre Zugehörigkeit zu dem deutſchen Geſamtvolk bekundet haben. Sie beſtätigt den deutſch=öſterreichiſchen Brüdern, daß über die bisherigen ſtaatlichen Grenzen hinweg die Deutſchen des Reichs und Öſterreichs eine untrennbare Einheit bilden und ſpricht die zuverſichtliche Hoffnung aus, daß durch die von den Regierungen einzuleitenden Verhandlungen die innere Zuſammengehörigkeit bald in feſten ſtaatlichen Formen einen von allen Mächten der Welt anerkannten Ausdruck finden wird.“

und am 21. Februar unter Beifallskundgebungen einſtimmig von der Nationalverſammlung angenommen.

Es iſt bekannt, daß die Siegermächte im Vertrag von Verſailles und St. Germain Deutſchland gezwungen haben, die ſogenannte „Unabhängigkeit“ Öſterreichs anzuerkennen, d. h. von der ſofortigen ſtaatsrechtlichen Verbindung mit Öſterreich Abſtand zu nehmen. Es war ein Diktat der Gewalt, das den freien Willen der Deutſchen in beiden Ländern unterdrückte, und bei der Beratung des entſprechenden Paragraphen der Reichsverfaſſung führte Abgeordneter Joos über dieſe Vergewaltigung das Folgende aus:

> „Über den merkwürdigen Einſpruch der Entente zu Artikel 61 der Reichsverfaſſung, betreffend unſer Verhältnis zu Deutſch=Öſterreich, gibt es im ganzen deutſchen Volke, glaube ich, von der Linken bis zur Rechten nur eine einzige Empfindung, nämlich die, daß uns hier eine unfaßliche Demütigung, Kränkung und Erniedrigung zugefügt wurde. (Sehr richtig!) Die Staatsmänner der Entente waren während der Kriegsjahre leidlich gute Pſychologen, in dieſem Falle uns gegenüber waren ſie es zweifellos nicht. (Sehr gut! im Zentrum.) Man ſoll Völkern keine Zumutungen machen, die das Ehrgefühl und die freie Willensbeſtimmung verletzen. Das tut nicht gut, ein Stachel bleibt zurück. Der Sieg, den ſie da über zwei zerbrochene Völker errungen haben, iſt kein Sieg. Man hat uns gezwungen, Artikel 61 der Verfaſſung zu ſtreichen. Iſt die deutſch=öſterreichiſche Frage damit aus der Welt geſtrichen? Buchſtaben kann man unterdrücken, töten, Geiſtiges aber nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) So werden denn unſere und unſerer öſterreichiſchen Stammesbrüder Gefühle, Hoffnungen, Wünſche weiterleben, und keine Macht der Erde wird ſie außer Kraft ſetzen können.“ (Bravo.)

Deutſche Einheit
Deutſche Freiheit

Suhler Beobachter
1. Ausgabe · 16.11.2002

REDEN UND AUFSÄTZE

VON

OSWALD SPENGLER

IST WELTFRIEDE MÖGLICH? Kabeltelegramm, veröffentlicht in englischer Sprache in Hearst's International-Cosmopolitan, Januar 1936.

C. H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1937

IST WELTFRIEDE MÖGLICH?

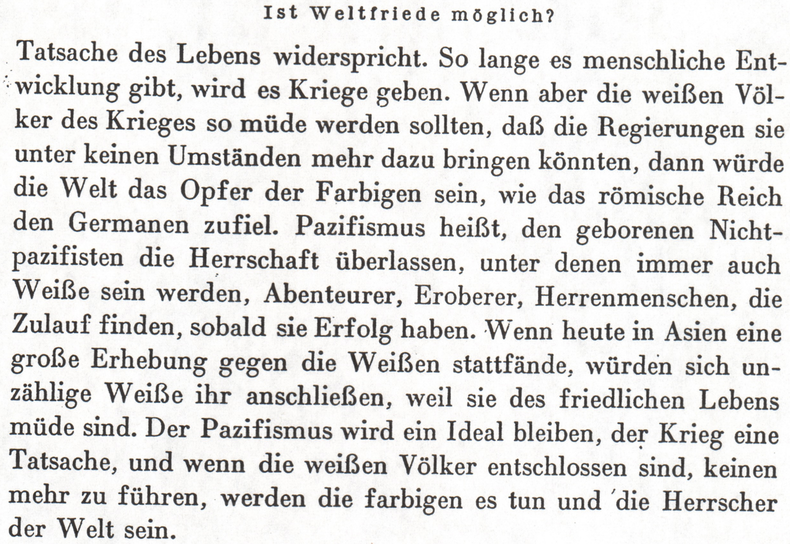
Telegraphische Antwort auf eine amerikanische Rundfrage

(1936)

Die Frage, ob der Weltfriede je möglich sein wird, kann nur ein Kenner der Weltgeschichte beantworten. Kenner der Weltgeschichte sein heißt aber, die Menschen kennen, wie sie waren und immer sein werden. Es ist ein gewaltiger Unterschied, den die meisten Menschen nie begreifen werden, ob man die Geschichte der Zukunft betrachtet, wie sie sein wird oder wie man sie gern haben möchte. Der Friede ist ein Wunsch, der Krieg eine Tatsache und die Menschengeschichte hat sich nie um menschliche Wünsche und Ideale gekümmert. Das Leben ist Kampf unter Pflanzen, Tieren und Menschen, ein Kampf zwischen einzelnen, Klassen der Gesellschaft, Völkern und Staaten, ob er sich nun in wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder militärischen Formen abspielt. Es ist ein Kampf um die Macht, seinen Willen, Vorteil oder seine Meinung vom Nützlichen oder Gerechten durchzusetzen, und wenn andre Mittel versagen, wird man immer wieder zum letzten greifen, der Gewalt. Man kann den einzelnen, der Gewalt anwendet, einen Verbrecher nennen, eine Klasse revolutionär oder Landesverräter, ein Volk blutdürstig, aber das ändert nichts an der Tatsache. Der heutige Weltkommunismus bezeichnet seine Kriege als Aufstände, Kolonialreiche als Befriedung fremder Völker, und wenn die Welt ein Einheitsstaat wäre, würde man die Kriege Aufstände nennen. Das sind alles nur Unterschiede in Worten. Es ist eine gefährliche Tatsache, daß heute nur die weißen Völker vom Weltfrieden reden, nicht die viel zahlreicheren farbigen. Solange einzelne Denker und Idealisten das tun – sie haben es zu allen Zeiten getan –, ist es wirkungslos. Wenn aber ganze Völker pazifistisch werden, ist es ein Symptom von Altersschwäche. Starke und unverbrauchte Rassen sind es nicht. Es ist ein Verzicht auf die Zukunft, denn das pazifistische Ideal bedeutet einen Endzustand, welcher der

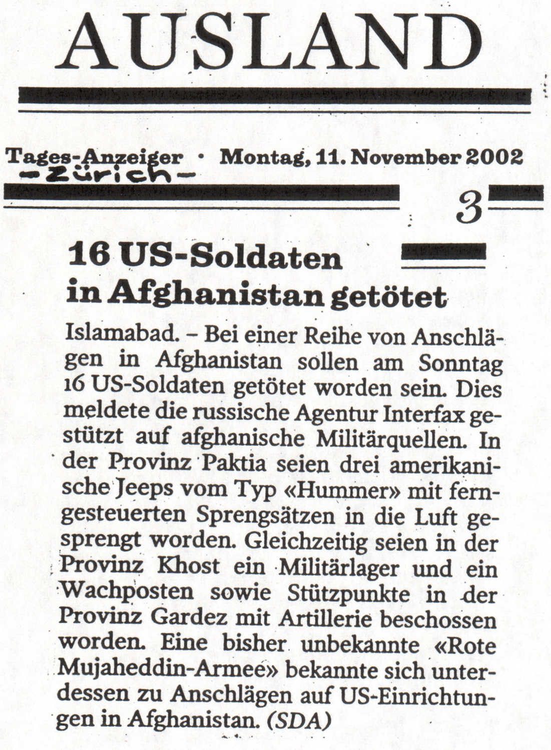
Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002



Ist Weltfriede möglich?

Tatsache des Lebens widerspricht. So lange es menschliche Entwicklung gibt, wird es Kriege geben. Wenn aber die weißen Völker des Krieges so müde werden sollten, daß die Regierungen sie unter keinen Umständen mehr dazu bringen könnten, dann würde die Welt das Opfer der Farbigen sein, wie das römische Reich den Germanen zufiel. Pazifismus heißt, den geborenen Nichtpazifisten die Herrschaft überlassen, unter denen immer auch Weiße sein werden, Abenteurer, Eroberer, Herrenmenschen, die Zulauf finden, sobald sie Erfolg haben. Wenn heute in Asien eine große Erhebung gegen die Weißen stattfände, würden sich unzählige Weiße ihr anschließen, weil sie des friedlichen Lebens müde sind. Der Pazifismus wird ein Ideal bleiben, der Krieg eine Tatsache, und wenn die weißen Völker entschlossen sind, keinen mehr zu führen, werden die farbigen es tun und die Herrscher der Welt sein.



AUSLAND

[redacted]

Tages-Anzeiger · Montag, 11. November 2002
-Zürich-

[redacted]

3 [redacted]

16 US-Soldaten in Afghanistan getötet

[redacted]

Islamabad. – Bei einer Reihe von Anschlägen in Afghanistan sollen am Sonntag 16 US-Soldaten getötet worden sein. Dies meldete die russische Agentur Interfax gestützt auf afghanische Militärquellen. In der Provinz Paktia seien drei amerikanische Jeeps vom Typ «Hummer» mit ferngesteuerten Sprengsätzen in die Luft gesprengt worden. Gleichzeitig seien in der Provinz Khost ein Militärlager und ein Wachposten sowie Stützpunkte in der Provinz Gardez mit Artillerie beschossen worden. Eine bisher unbekannte «Rote Mujaheddin-Armee» bekannte sich unterdessen zu Anschlägen auf US-Einrichtungen in Afghanistan. *(SDA)*

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Das Ziel der US-Golfpolitik ist es, alle Konkurrenten von den Ölfeldern im Mittleren Osten fern zu halten.

«Billiges Erdöl macht süchtig»

Mit **Michael T. Klare*** **sprach Urs Gehriger**

US-Präsident Bush hat während der ganzen Kampagne gegen den Irak nie das Wort Öl erwähnt. Ist das Kalkül, oder spielt Öl bei einem möglichen Irak-Feldzug tatsächlich keine Rolle?

Bushs Rhetorik ist wohl durchdacht. Es wäre ziemlich unpassend, wenn das amerikanische Publikum den Eindruck erhielte, bei einem Irak-Krieg gehe es um die Sicherung von Energieressourcen. Das amerikanische Volk will glauben, dass ihre Militär- und Aussenpolitik von hehren Prinzipien geleitet ist. Es will glauben, dass ein Waffengang zum Schutz gegen einen bösen Diktator, bewaffnet mit schrecklichen Waffen, geführt wird. Zum Nutzen der ganzen Welt, nicht aus Eigennutz. Aber einige Mitglieder der Regierung sind weniger zurückhaltend als der Präsident. Vizepräsident Dick Cheney hat wiederholt vom Öl im Irak gesprochen, das Motiv liegt also auf dem Tisch. Es ist nicht das einzige Motiv, aber ein sehr wichtiges.

AUSLAND

Tages-Anzeiger · Montag, 11. November 2002
-Zürich-

ÖL-SERIE (4) *Der renommierte Friedensforscher Michael T. Klare erwartet im Fall eines Ressourcen-Konflikts um Erdöl eine Rückkehr zu Kriegsformen, wie sie im 16. Jahrhundert üblich waren.*

(Ausschnitt)

Hat sich der Fokus auf den Persischen Golf und dessen Ölressourcen verstärkt, seit der frühere Ölmann George W. Bush ins Weisse Haus eingezogen ist?

Die Sicherung des ungehinderten Ölflusses aus der Golfregion, wo zwei Drittel der weltweiten Ölressourcen liegen, ist eine Konstante in der amerikanischen Aussenpolitik seit Franklin D. Roosevelt 1945 den USA die Tür nach Saudiarabien öffnete. Jimmy Carter legte 1980 in einer Doktrin fest, dass künftig ein Eingreifen einer feindlichen Macht mit militärischen Mitteln beantwortet wird. Bill Clinton stockte in den 90er-Jahren die US-Truppen in der Region massiv auf. Bush hat die Ölinteressen im Golf also nicht neu entdeckt, sondern setzt eine jahrzehntealte Tradition entschlossen fort.

Stehen die USA einmal in Bagdad, könnten sie das Machtgefüge in der Region erheblich verändern. Washington könnte etwa Saudiarabien, den grössten Ölstaat der Welt, unter Druck setzen.

Leute in der näheren Umgebung des Präsidenten sind dieser Meinung. Pentagon-Berater Richard Perle zum Beispiel sprach von der Möglichkeit, die Macht Saudiarabiens und dessen Einfluss auf die US-Aussenpolitik zu beschränken, etwa in Bezug auf Israel. In erster Linie wird es der US-Regierung darum gehen, den Aufstieg eines Konkurrenten in der Region zu verhindern. Das entspricht der Doktrin, die der heutige Vize im Pentagon, Paul Wolfowitz, 1992 in seinem «Defense Guidance Document» verfasst hat.

Hat Washington die Zustimmung Russlands, Frankreichs und Chinas zu einer harten Irak-Resolution mit Versprechen für Ölrechte in einer Post-Saddam-Ära entgolten?

Ich weiss nicht, ob es bereits detaillierte Vereinbarungen gibt. Eines ist jedoch gewiss: Den Franzosen und Russen wurde klar gemacht, dass sie durch eine unkooperative Haltung ihre Chancen auf künftige Ölverträge verspielen würden.

Das kaspische Öl muss durch politisch unstabile Regionen gefördert werden, das sibirische Öl hat einen langen und teuren Weg zum westlichen Markt zurückzulegen. Der Irak dagegen hat 20-mal mehr Öl als Sibirien, und die Förderkosten liegen bei bloss ein bis zwei Dollar. Langfristig wird es für das Golföl keinen Ersatz geben.

Wird der Konflikt um Öl den Charakter künftiger Kriege verändern?

Entgegen dem Trend zu einer völligen Technisierung des Schlachtfeldes erwarte ich im Falle der Ressourcenkonflikte eher eine Rückkehr zu Kriegsformen, wie sie im 16. Jahrhundert üblich waren, als die europäischen Mächte um Gold und Gewürze aus Übersee kämpften. Wie damals wird es wieder vermehrt Allianzen geben zwischen staatlichem Militär und privaten Körperschaften. Ein aktuelles Beispiel ist Kolumbien, wo US-Militärs mit Ölfirmen Hand in Hand kooperieren, um die Pipelines vor Guerillakämpfern zu schützen. Oder Indonesien, wo der amerikanische Ölriese Exxon zur Sicherung seiner Infrastruktur in der Aceh-Provinz für teures Geld das indonesische Militär angeheuert hat. Der Charakter künftiger Kriege lässt sich auch am US-Verteidigungsbudget ablesen. Riesige Beträge fliessen in «konventionelle» Güter wie Lufttransporter, Amphibienfahrzeuge und Langstreckenbomber. Das Stichwort heisst «Power Projection», die Fähigkeit, Truppen innert kurzer Zeit bis in den hintersten Winkel der Welt zu schicken, wo es keine militärische Infrastruktur gibt.

** Michael T. Klare ist Professor für Friedensforschung am Hampshire College in Massachusetts. In zahlreichen Büchern widmete er sich dem wechselnden Charakter des Krieges. Sein jüngstes Werk, «Resource Wars», ist 2001 bei Metropolitan Books, New York, erschienen.*

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Wer deutſch denkt, vermeidet Fremdwörter!

Seite 6 DIE WELT Dienstag, 12. November 2002

— AUSLAND —

Der Antisemitismus eines syrischen Ministers

VON MARIAM LAU

Berlin – Arabischer Antisemitismus ist sehr viel älter als der israelisch-palästinensische Konflikt. Aber erst mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und den ersten größeren Einwanderungsbewegungen russischer Juden nach Palästina begann man, die Texte zu verbreiten, die in den christlichen Gemeinden der arabischen Welt schon lange kursierten – allen voran „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Mit der Etablierung des jüdischen Staates, spätestens aber seit der arabischen Niederlage im Sechstagekrieg 1967, finden die klassischen Dokumente des westlichen Antisemitismus – des christlichen wie des nationalsozialistischen – Eingang in regierungsamtliche Dokumente des arabischen Raums.

Ägyptische Tageszeitungen berichten, die Israelis würden junge Mädchen mit Aids infizieren und nach Ägypten schicken, um die Krankheit dort zu verbreiten. Die syrische Zeitung „Al Thawra“ berichtet von Krebs erregenden Shampoos, die Israel verbreiten würde, und von Kampagnen zur Förderung der Homosexualität und der Teufelsanbetung. Auf der Buchmesse in Damaskus wurde Mitte Oktober die achte Auflage von „Die Matzen von Zion“ vorgestellt, dem Buch des syrischen Verteidigungsministers Mustafa Tlass über einen angeblichen Ritualmord. Damaszener Juden sollen 1840 einen Priester und dessen Gehilfen umgebracht haben, um mit ihrem Blut das Brot zum Pessach-Fest zu backen. Das Buch, so kommentierte ein Mitarbeiter des Verlags, sei deshalb zum meistgefragten Titel der Buchmesse geworden, weil die heranreifende Generation die Grundlagen kennen wolle, „die Juden zum Mord antreiben“.

Die neue Auflage enthält Berichte über die Versuche des amerikanischen Rabbiners Marvin Heir, auf den ehemaligen amerikanischen Außenminister George Shultz einzuwirken, er möge sich für das Verbot des Buches einsetzen. Die offizielle Antwort der syrischen Regierung lautete: „Wir sind keine Rassisten und keine Feinde der semitischen Religionen, unter ihnen das Judentum. Wir sind gegen den Zionismus.“ Der syrische Verteidigungsminister aber verspricht seinen Lesern, er werde jeder weiteren Ausgabe neue Kapitel über die Ritualverbrechen des Judentums hinzufügen.

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

KEIN FRIEDENSVERTRAG SOLANGE ALLIIERTE LÜGEN DAS DEUTSCHE VOLK BELEIDIGEN!!!

Der in Gotha wegen des falschen Verdachtes der Volksverhetzung brutal verhaftete und rechtwidrig verschleppte Friedliche Deutsche Demonstrations-Redner Gerd Ittner erklärte am 26.10.2002 in der Stadt der Deutschen Waffenschmiede Suhl:

„De jure befindet sich die BRD im Kriegszustand mit Deutschland; de facto hat das BRD-Regime dem Deutschen Volk den Krieg erklärt!"

Die Suhler Lügenpresse „Freies Wort" vom 28.10.2002 masste es sich jedoch an, „frei erfunden zu unterstellen:

„Argumentieren in logisch-nachvollziehbaren Kausalketten war die Sache der Redner nicht."

Um nach diesem falschen Kommentar in der überdies beschnittenen Nachricht sinnfälschend zu behaupten:

„Und so musste der geneigte Zuhörer einfach glauben, dass sich "die BRD mit Deutschland im Krieg befindet" und "aufrechte Nationalisten" in der "Stasi-Hochburg Suhl" unterdrückt und gegängelt werden."

Nachgefragt nach den konkreten verfassungsrechtlichen Gründen und den auf der Hand liegenden Tatsachen, warum sich die BRD mit Deutschland „de jure" und „de facto" im Kriegszustand befindet, haben die Suhler Fälscher von Lügenpresse bei der Demonstrationsleitung **nicht**.

Korrekt zitiert wurde der Deutsche Demonstrations-Redner Ittner von der Suhler Flachpresse ebenfalls **nicht**.

Die entartete Vermischung von falschem Kommentar und beschnittener Nachricht ist dem „Sozialistischen Journalismus" von Sudelede Schnitzler entsprungen und ein zusätzlicher Beweis für den fachlichen Unsinn der Suhler Lügenpresse, die Kennzeichen dieses katastrophalen Abriss- und Misswirtschaftssystems im Zusammenbruch ist!

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Dass sich „de jure" die BRD mit Deutschland im Kriegszustand befindet, ergibt sich bereits aus der rechtswidrigen Unterdrückung der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 – die heute immer noch gültig ist, weil zwar die Wehrmacht kapituliert hat, aber der Staat Deutsches Reich nicht, der somit fortbesteht!
Völkerrechtlich ist das Grundgesetz der BRD gemäss Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung von vornherein rechtswidrig und somit nichtig.
Es gilt somit für das Gebiet des Deutschen Reiches die Verfassung vom 11. August 1919.

Dass sich „de facto" die BRD mit Deutschland im Kriegszustand befindet, ergibt sich neben dem in den Suhler Reden der Friedlichen Deutschen Demonstranten gesagten und geschriebenen Fakten bereits aus der Katastrophalen Abriss- und Misswirtschaftspolitik der Bundesregierung im Deutschen Reichstag!
Diese deutschenfeindliche Katastrophenpolitik wird sofort nach der Friedlichen Deutschen Revolution von der neuen Deutschen Reichsregierung aufgehoben!
Bis dahin muss die Suhler Lügenpresse und die Lügenpresse im ganzen Land allerdings schnellstens lernen, dass 117 Friedliche Deutsche Demonstranten eben nicht nur „100" (sic!) oder „110" (sic!) „Glatzen" (sic!) sind, sondern 117 Deutsche Menschen, die mit Herz und Hirn für Deutschland kämpfen!

DENN UNSERE WAFFE IST DAS RECHT!

FRANK FEIERTAG

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Presse-un-freiheit wie auf dem Narrenschiff?!

Ullstein GmbH · 10888 Berlin

[redacted]

im Hause

ULLSTEIN

Berlin, im Oktober 2001

Lieber Herr

wie Sie wissen, haben Aufsichtsrat und Vorstand unmittelbar nach den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September 2001 einstimmig beschlossen, das Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika in die Unternehmensgrundsätze aufzunehmen und die Satzung der Axel Springer Verlag AG entsprechend zu ergänzen.

Die Verlagsobjekte, für die Sie tätig sind, haben fortan folgende grundsätzliche Haltung:

- das unbedingte Eintreten für den freiheitlichen Rechtsstaat Deutschland als Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft und die Förderung der Einigungsbemühungen der Völker Europas;
- das Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen; hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes;
- die Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika;
- die Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus;
- die Verteidigung der freien sozialen Marktwirtschaft.

Wir bitten Sie, die Ergänzung der Unternehmensgrundsätze als einen weithin sichtbaren Ausdruck jener Grundauffassungen zu verstehen, die uns im Eintreten für den freiheitlichen Rechtsstaat Deutschland als Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft und in der Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus schon bisher verbunden haben und denen Sie verpflichtet sind.

Mit freundlichen Grüßen
Ullstein GmbH

ppa.
Friedrichs

i. V.
Schäffler

Suhler Beobachter

1. Ausgabe · 16.11.2002

Etwa 100 Rechtsextremisten versammelten sich am Samstag auf dem Suhler Ma
angeblichen Antifa-Terror in der Stadt zu demonstrieren. FOTO: K.-H. Frank

RECHTSEXTREME GEGEN ANTIFA-TERROR IN SUHL

FW 28.10.02

Eine Demo wie aus dem Narrenschiff

Zügiger als sonst zogen am Samstagmittag die Einkäufer durch die Suhler Innenstadt. Rund um Marktplatz und Platz der Deutschen Einheit war alles Grün vor Polizeiuniformen und Einsatzwagen. Doch der erwartete stürmische Samstag blieb sowohl meteorologisch wie auch, was die angekündigten Demonstrationen anbetraf, aus.

SUHL – „Fasching auf dem Ziegenberg" kündigte ein Transparent am Marktplatz über den Steinweg gespannt an. Darunter schlüpften Polizisten in ihre Schutzwesten, legten Protektoren und Helme an. Das Häuflein der etwa hundert Rechtsextremen vor dem Waffenschmied-Brunnen trug mit fast einheitlich kahlem Kopf sowie Bomber- und Lederjacken seinen Teil zum makaber-skurrilen Bild vor dem Suhler Rathaus bei. Als dann der eigens aus Hamburg angereiste Neonazi-Führer Christian Worch und seine Kumpane zu Reden ansetzten, war die Narretei in den Augen vieler Passanten, die kopfschüttelnd stehen blieben, gänzlich perfekt. „Aber das muss eine Demokratie wohl aushalten", meinte achselzuckend ein nickelbebrillter Mann.

Argumentieren in logisch-nachvollziehbaren Kausalketten war die Sache der Redner nicht. Und so musste der geneigte Zuhörer einfach glauben, dass sich „die BRD mit Deutschland im Krieg befindet" und „aufrechte Nationalisten" in der „Stasi-Hochburg Suhl" unterdrückt und gegängelt werden. Schließlich hatte sich die nicht eben für ihre Gewaltfreiheit gegenüber Andersdenkenden bekannte rechtsextreme Szene unter dem Motto „Dem Antifa-Terror entgegentreten" versammelt, um auf ihre „schlimme Situation" in Suhl aufmerksam zu machen.

Ein paar hundert Meter weiter, auf dem Platz der Deutschen Einheit, konnten indessen Gewerkschafter, Vertreter demokratischer Parteien und Friedensgruppen die Dreistigkeit der auf dem Markt versammelten Rechtsaußen kaum fassen. „Die behaupten frech, dass die Antifa Terror ausübt. Das sehe ich nicht", schimpfte die SPD-Bundestagsabgeordnete und neue Parlamentarische Staatssekretärin im Aufbau-Ost-Ministerium, Iris Gleicke. Die Rechtsextremisten seien es, die mit ihren Springerstiefeln die Demokratie zu zertreten suchten, so Gleicke vor etwa 200 Zuhörern.

Dass indessen die Suhler Innenstadt am Samstag nicht unter den schweren Stiefeltritten der Neonazis erzitterte, lag neben der geringen Teilnehmerzahl vor allem an den Auflagen, die die Behörden den Demonstranten verordnet hatten: keine Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln. Und so blieben während des Umzugs statt Platttreten nur platte Parolen.

Zudem beäugte die Polizei, die mit mehreren Hundertschaften aufgefahren war, jeden Schritt der Neonazis wie auch gewaltbereiter Jugendlicher aus der linken Szene genau. Wo sich auch nur die geringsten Ansätze von Widerstand gegen die Versammlungsauflagen zeigte, wurde isoliert und abgeführt. Insofern sahen die Suhler ihre Steuergelder gut angelegt, bis der Spuk dann endlich vorbei war. (vok)

Per SNG-Bus ging's in den Gewahrsam zur Polizeidirektion, wo 67 zumeist Jugendlichen die Personalien aufgenommen wurden.

FW 29.10.02

110 Neonazis in der Stadt / Polizei verhinderte Randale / 67 Gewahrsamsnahmen

Samstagmittag: Auffallend wenig Leute im Zentrum. Offensichtlich mieden die Suhler die City. Demos von Links und Rechts waren angekündigt. Viele befürchteten Tumulte ...

SUHL – Die angekündigten Teilnehmerzahlen (200 waren von Rechts und bis 2000 von Links angemeldet) blieben weit unter den Erwartungen der Veranstalter. Die Polizei zeigte trotzdem massiv Präsenz. Mehrere Hundertschaften aus Thüringen waren im Einsatz, bezogen vom Bahnhof bis zum Unteren Markt Stellung. Am Ende des Einsatzes gegen 17 Uhr das Fazit: 16 Festnahmen vor und während der Kundgebungen (vier aus dem rechten Spektrum, elf aus der linken Ecke). Ein Außenstehender ging der Polizei eher zufällig ins Netz – er hatte „Stoff" dabei. Vermummungsmittel und waffenähnliche Gegenstände wurden in 16 Fällen aus den Reihen der Linksorientierten sichergestellt. 10 Platzverweise sprach die Polizei für den Marktplatz gegen Jugendliche aus, als diese zu den Rechten wollten. Zu Tumulten kam es nach 15 Uhr vor dem Lauterbogen Center – 65 Jugendliche, Jungerwachsene und zwei Kinder (unter 14 Jahre) aus dem linksorientierten Personenkreis wurden in Gewahrsam genommen.

Zu wenig zeigten Courage

Unter dem Motto „Courage zeigen in Suhl" hatte der DGB Südthüringen zu einer friedlichen Demo gegen Rechtsextremismus aufgerufen. Etwa 200 Teilnehmer kamen, so die Angabe der Polizei. Südthüringens DGB-Chef Thomas Schmidt ist enttäuscht. Er hätte mehr couragierte Bürger erwartet, vor allem jene, die politische Verantwortung in der Stadt tragen. „Wir müssen ein Zeichen gegen Rechts setzen und deutlich machen, dass der braune Mob in Suhl keine Chance hat", rief Schmidt leidenschaftlich in die Menge. Seinen Protest gegen das Vergessen und Verdrängen brachte Jochen Peters von der Friedensinitiative zum Ausdruck. Und PDS-Stadträtin Heidemarie Schwalbe erinnerte an das Naziregime und sagte: „Wir haben uns hier zusammengefunden, weil wir Angst haben, dass es wieder passiert." Auch die neu ernannte Parlamentarische Staatssekretärin und SPD-Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke äußerte entschieden ihren Protest gegen Rechts.

Zu den Teilnehmern gehörte auch Schriftsteller Landolf Scherzer. Gegenüber *Freies Wort* empörte er sich, dass es der Suhler Oberbürgermeister nicht fertig gebracht habe, Bürger und Vereine zur Teilnahme an der Demo gegen Rechts aufzurufen. Das wäre seine Aufgabe gewesen und hätte ein positives Bild von Suhl in die Öffentlichkeit getragen.

Auf dem Marktplatz versammelte sich die rechte Szene – formiert im Halbkreis vor Lautsprecherwagen aus Nürnberg und Hamburg. An die 110 Vertreter zählte die Polizei. Dann setzten sich die selbst ernannten „freien Nationalisten" in Bewegung: Pfarr-, Rimbachstraße, Wolfsgrube, Adam-Ries-Straße, Steinweg. Unüberhörbar – die skandierten Parolen der meist glatzköpfigen Marschierer. „Das macht mir Angst", sagte eine ältere Frau im Steinweg. Begleitet wurde der Zug von einer unübersehbaren Polizei-Eskorte: Beamte in schwerer Einsatzuniform, Mannschaftswagen mit Blaulicht, an der Spitze der Wagen mit der Video-Kamera. Der Polizeihubschrauber drehte seine Beobachtungsrunden über die Innenstadt.

Währenddessen waren auch die Teilnehmer der DGB-Kundgebung mit großem Polizeiaufgebot unterwegs: König-, Gutenbergstraße, Senfte, Neubauerstraße, Platz der Einheit. Stopp an der Senfte. Jugendliche verstießen gegen Demo-Auflagen, so die Polizei. Sie griff ein, Teilnehmer schlichteten. Im Zug auch Bürgermeister Rüdiger Müller (SPD) ein. Am Ende des Tages zeigte er sich froh, dass die Veranstaltungen ohne Schaden für die Bürger abgelaufen sind. „Schlimm ist es aber, dass wenige Chaoten friedliche Bürger von der Demonstration abhalten und dem demokratischen Anliegen schaden."

Während draußen demonstriert wurde, nahmen ca. 20 Suhler in der Katholischen Kirche an einem Bittgottesdienst für den Frieden in der Stadt teil. Zu diesem luden katholische und evangelische Kirche gemeinsam ein.

Deeskalationsbeamte

Vor Beginn der beiden Demos kamen vier Deeskalationsbeamte zum Einsatz, erstmals überhaupt bei einer solchen Veranstaltung. Polizeihauptmeister Matthias Kellermann sowie die Polizeiobermeister Rainer Böttcher, Anke Neumann und Wolfhardt Gotthelf suchten den direkten Kontakt zu Geschäftsleuten u. a. im Steinweg. So gaben sie ihnen Sicherheit, boten Hilfe an, verwiesen auf Bürgertelefon und Notruf. „Wir vertrauen auf die Polizei und hoffen, dass nichts passiert", sagte eine Apothekerin. „Ihr werdet das alles schon im Griff haben", hieß es in einem anderen Geschäft. Und im nächsten: „Ich mache sowieso 13 Uhr zu und stelle die Alarmanlage an." An einem Schuhgeschäft war später zu lesen: „Werte Kundschaft, wir schließen heute schon ab 14 Uhr." Norbert Hertwig, Chef der Stadtmarketing-Initiative, lobt: „Der präventive Polizeieinsatz ist eine gute Sache."

Die Demos waren längst beendet, da kam es nach 15 Uhr dicke. Über 60 sich dem linken Spektrum zugehörig fühlende Jugendliche, zumeist angetrunken, machten sich vor dem Lauterbogen Center breit. Den Aufforderungen der Polizei, den Platz zu räumen, kamen sie nicht nach, blieben vor dem Eingang sitzen und stehen. Der Notarzt musste kommen, als ein unbeteiligter Mann von einem Randalierer aus der Gruppe verletzt wurde. Diesen nahm die Polizei fest. Plötzlich zeigten sich am anderen Eingang Rechte. „Nazis raus", so die Reaktion der Linken, sie wollten ihnen nachsetzen. Eine schnell gebildete Polizeisperre quer über die König-Straße vereitelte einen Zusammenstoß beider Lager. Die Rechten zogen ab, die Linken blieben. Deeskalation war angesagt. Holger Auerswald, PDS-Stadtvorstand, Streetworker und andere wollten schlichten. Das zeigte keine Wirkung. „Wir versuchen das schon die ganze Zeit. Die Polizei hat die Rechten einfach zu nahe herangelassen", begründete Auerswald die Situation.

Mit SNG-Bus in die PD

Kurz nach 16 Uhr entschied der Einsatzleiter: Der Platz wird geräumt. Polizisten drängten die Gruppe in Richtung Herrenteich. Ein SNG-Bus brachte ca. 30 Jugendliche unter starker Polizeiaufsicht in die PD, andere folgten in Einsatzfahrzeugen. 67 Jugendliche wurden in Gewahrsam genommen, die Jüngeren später von den Eltern abgeholt.

Kurz vor 17 Uhr. In der Hauptkirche beginnt gleich ein Konzert. Die Kirchenglocken läuten. Im Stadtzentrum ist's leer und so, als sei nichts gewesen

Suhler Beobachter
1. Ausgabe · 16.11.2002

Freiheitsdienſt.

Die Freiheit läßt ſich nie gewinnen,
Sie wird von außen nicht erſtrebt,
Wenn ſie nicht glühend ſelbſt tief drinnen
Im eignen Buſen dich belebt.
Willſt du den Kampf, den großen, wagen
So ſetz' zuerſt dich ſelber ein;
Wer fremde Feſſeln will zerſchlagen,
Darf nicht ſein eigner Sklave ſein.

Nur reinen Herzen, reinen Händen
Gebührt der Dienſt im Heiligtum,
Der Turnkunſt Freiheit rein vollenden,
Das, Turner, ſei dein Stolz, dein Ruhm.
Die Lüge winkt, die Schmeichler locken,
Mit ſeiner Kette ſpielt der Knecht;
Du aber wandle unerſchrocken,
Und deine Waffe ſei das Recht!

DENN UNSERE WAFFE IST DAS RECHT!

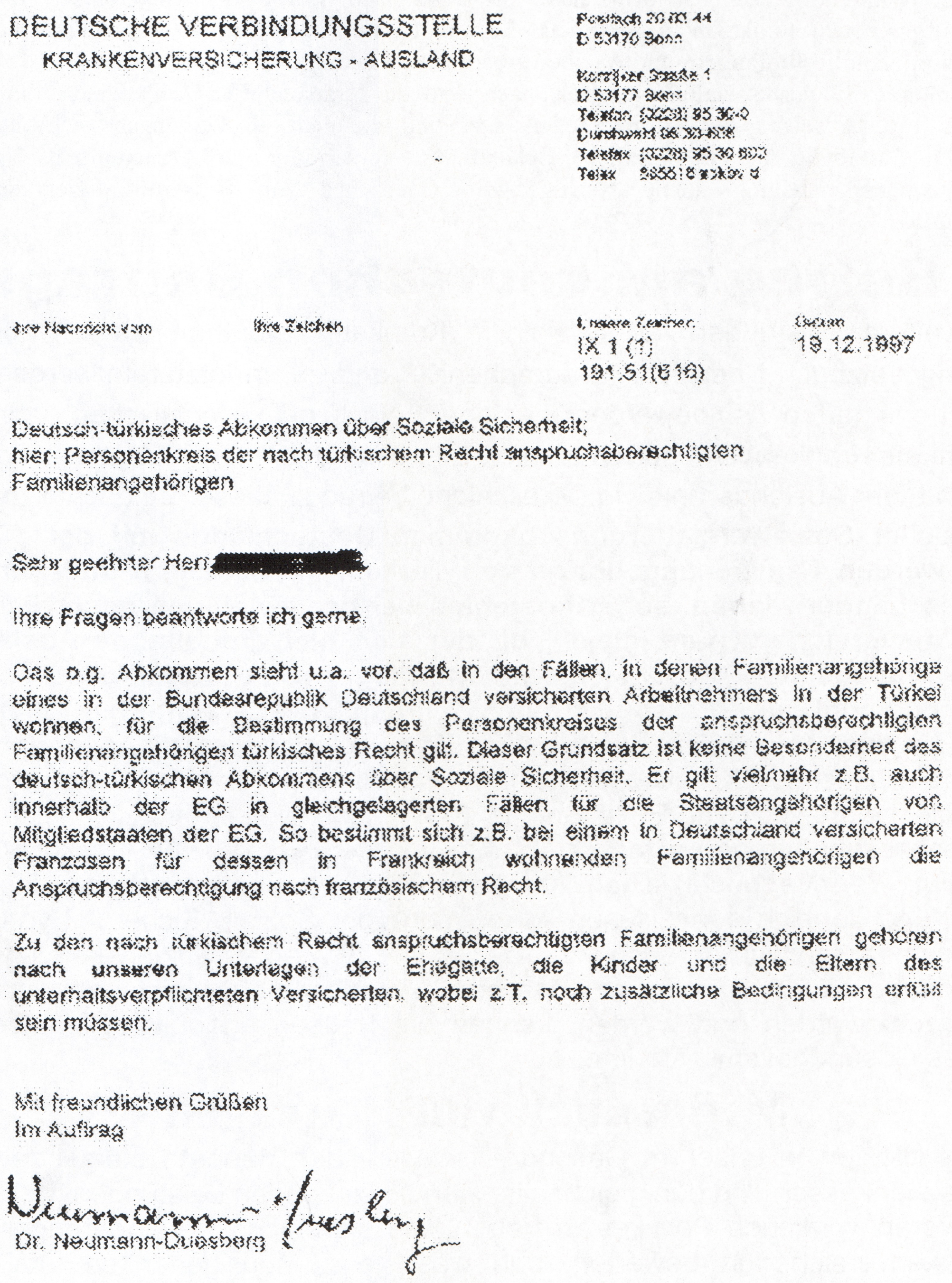
Suhler Beobachter
1. Ausgabe · 16.11.2002
Schriftleiter:
FRANK FEIERTAG
ERICH-ZEIGNER-ALLEE 01 — D-04229 LEIPZIG,
EIGENDRUCK IM SELBSTVERLAG.

Die Verantwortung für die angegebenen elektronischen Weltnetzseiten und weiterführende Hinweise zu anderen Weltnetzseiten sowie diese selbst, Liegt bei den dortigen Schriftleitern.

»Es gilt türkisches Recht«

Eltern von Deutschen haben keine Ansprüche aus der gesetzlichen Kranken-Familienversicherung. In der Türkei lebende Eltern von hier versicherten Türken aber sind mitversichert, auch bei Arbeitslosigkeit des Versicherten: Es gilt türkisches Recht.

Soziale Gerechtigkeit?



DEUTSCHE VERBINDUNGSSTELLE
KRANKENVERSICHERUNG - AUSLAND

Postfach 20 00 44
D 53170 Bonn

Kortrijker Straße 1
D 53177 Bonn
Telefon (0228) 95 30-0
Durchwahl 95 30-608
Telefax (0228) 95 30 600
Telex 885518 dvkbv d

Ihre Nachricht vom
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen IX 1 (1) 191.51(616)
Datum 19.12.1997

Deutsch-türkisches Abkommen über Soziale Sicherheit;
hier: Personenkreis der nach türkischem Recht anspruchsberechtigten Familienangehörigen

Sehr geehrter Herr [redacted]

Ihre Fragen beantworte ich gerne.

Das o.g. Abkommen sieht u.a. vor, daß in den Fällen, in denen Familienangehörige eines in der Bundesrepublik Deutschland versicherten Arbeitnehmers in der Türkei wohnen, für die Bestimmung des Personenkreises der anspruchsberechtigten Familienangehörigen türkisches Recht gilt. Dieser Grundsatz ist keine Besonderheit des deutsch-türkischen Abkommens über Soziale Sicherheit. Er gilt vielmehr z.B. auch innerhalb der EG in gleichgelagerten Fällen für die Staatsangehörigen von Mitgliedstaaten der EG. So bestimmt sich z.B. bei einem in Deutschland versicherten Franzosen für dessen in Frankreich wohnenden Familienangehörigen die Anspruchsberechtigung nach französischem Recht.

Zu den nach türkischem Recht anspruchsberechtigten Familienangehörigen gehören nach unseren Unterlagen der Ehegatte, die Kinder und die Eltern des unterhaltsverpflichteten Versicherten, wobei z.T. noch zusätzliche Bedingungen erfüllt sein müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Neumann-Duesberg

Protest,

an jedem Montag, 18.00 Uhr, in Leipzig - vor der Nikolaikirche

leipzig wir kommen wieder!

an jedem Montag, 18.00 Uhr, Montagsdemonstration in Leipzig, vor der Nikolaikirche

Informieren Sie sich

über die wahren Gründe für den Bankrott der deutschen Krankenkassen

Noch im letzten Jahr wurde von Funktionären der Flüchtlingsorganisation "Pro Asyl" behauptet, daß Ausländer und vor allem Asylbewerber in Deutschland medizinisch schlechter versorgt würden als Deutsche. Diese vollkommen unzutreffende Behauptung stellte sich jedoch recht schnell als billige Polemik heraus. Tatsächlich ist nämlich das Gegenteil der Fall. Während Ärzte bei deutschen Kassenpatienten wegen der eingeführten Bewertungsmaßstäbe, Teilbudgets und vorgesehenen Punktzahlen zahlreiche Leistungen nur noch begrenzt abrechnen können, gelten diese Beschränkungen bei Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern gerade nicht.

Den Umfang bestimmt § 37 des Sozialhilfegesetzes, nach dem die Krankenhilfe für Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116, Absatz 1 des Grundgesetzes sind und die sich im Geltungsbereich dieses Grundgesetzes tatsächlich aufhalten, "ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandsmitteln und Zahnersatz, Krankenhausbehandlung sowie sonstige zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung der Krankheitsfolgen umfaßt".

Gegen Betrug am deutschen Beitragszahler

Einen Katalog weiterer Leistungen der Sozialhilfe /Krankenhilfe enthält das am 1.Juli 1977 in Kraft getretene Sozialgesetzbuch I bei den Paragraphen 28 und 29, in letzterem werden 29 Leistungen aufgeführt, die behinderten Asylbewerbern zustehen. Nach dem statistischen Jahrbuch von 1994 wurde Sozialhilfe als Krankenhilfe außerhalb von Einrichtungen an 577.000 Ausländer und 250.000 Deutsche gewährt, der Ausländeranteil in Deutschland betrug zu dieser Zeit acht Prozent.

Aufgrund spezieller Sozialversicherungsabkommen Deutschlands mit der Türkei, Marokko und Tunesien werden Familienangehörige von Türken, Marokkanern und Tunesiern, die zu Hause in diesen Ländern leben, sogar kostenlos bei der jeweiligen gesetzlichen deutschen Krankenkasse mitversichert, ganz gleich, ob der sich hier aufhaltende Ausländer in einem festen Arbeitsverhältnis steht, arbeitslos oder Empfänger von Sozialhilfe ist.

Bei Türken richtet sich der Personenkreis der anspruchsberechtigten Angehörigen nach türkischem Recht und kann sich auf Kinder, Eltern, Geschwister und sonstige Verwandte erstrecken. Die türkische Krankenversicherung stellt der jeweils zuständigen deutschen Krankenkasse die Leistungen zur Erstattung in Rechnung. Dieser offensichtliche Mißbrauch mit unseren Krankenkassenbeiträgen wird auf Anfrage von den Ersatz- und Ortskrankenkassen ohne weiteres bestätigt; da alle gesetzlichen Krankenkassen von den deutsch-türkischen, deutsch-marokkanischen und deutsch- tunesischen Abkommen über Soziale Sicherheit von 1964 betroffen sind. In den letzten Jahren wurden auch mit Kroatien und Slowenien Sozialversicherungsabkommen geschlossen. Anfragen, für wie viele Personen und in welcher Höhe Leistungen im Rahmen dieser Abkommen erbracht wurden und werden, können die Kassen angeblich nicht beantworten und verweisen an das Gesundheitsministerium.

Mißbrauch von Beiträgen

Bei der Kostenexplosion in unserem Gesundheitswesen, den dauernd steigenden Beiträgen der gesetzlichen Krankenkassen und den gleichzeitig ständig sinkenden Leistungen, wäre es vielleicht ganz vernünftig, die verantwortlichen Politiker zu fragen, wie sie solche Vereinbarungen zu Lasten der deutschen Krankenversicherten bewerten, und was sie zu tun gedenken, um diesen groben Mißbrauch möglichst bald zu beenden.

Wollen Sie sich das wirklich noch länger gefallen lassen?

Tel.: 03437 – 918338
Fax: 03437 – 942449

INTERNET

www.montagsdemo-leipzig.de.vu

Funk- Tel.: 0178 – 3 47 32 92

Dachdecker-Handwerksbetrieb Udo Dintner, Dachdeckermeister, Stollgasse 01, 04668 Grimma/ Sa.

Bitte kopiert dieses Flugblatt und gebt es weiter - wie in einem Schneeballsystem - Ich bitte alle um tatkräftige Unterstützung. Verbreitet auch die Internetadresse! Diejenigen, die mich bei der Organisation unterstützen wollen, bitte ich um sofortige Rückmeldung - Wenn nicht wir, - wer sonst?